

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementpreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,00 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pf. • Platzvorchriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: **ABV** Bochum.

Die Lehre des Ruhrschiedspruchs.

Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau wurde durch den Reichsarbeitsminister Wissell von Amts wegen für verbindlich erklärt. Der Reichsarbeitsminister glaubte also, da keine Partei die Verbindlichkeit beantragte, dieselbe aussprechen zu müssen „im öffentlichen Interesse“. Bestimmend konnte für diese Auffassung nur sein, daß er es für erforderlich hielt, den Streit der Ruhrbergarbeiter mit den Zechenbesitzern um den gerechten Anteil am Ertrage der Ruhrkohlenwirtschaft seines akuten Charakters zu entkleiden, das heißt, durch einen Zwangstarif zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Soweit wäre die Verbindlichkeitsklärung formal korrekt, da die Schlichtungsordnung die Entscheidung darüber, ob die „öffentlichen Interessen“ gefährdet sind oder nicht, dem Reichsarbeitsminister allein überläßt. Eine andere Frage aber ist, ob diese Entscheidung den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Es taucht da zuerst die Frage auf, was man denn überhaupt in solchen Fällen unter der Begriffsbestimmung „im öffentlichen Interesse“ zu verstehen hat. Logischerweise doch nur, daß das Interesse der Gesamtheit an der Beendigung eines lokalen Tarifstreites dem Interesse der streitenden Tarifparteien vorzugehen hat, weil der durch die Weiterführung des Streites zu erwartende Schaden für die Gesamtheit (einschließlich der streitenden Tarifparteien selbst) größer sein würde, als der von den streitenden Tarifparteien erwartete Erfolg aus der Weiterführung des Kampfes wieder gutmachen könnte. Mit anderen Worten: Wenn der Reichsarbeitsminister glaubt, daß der ungehemmte Fortgang eines Tarifstreites letzten Endes mehr Schaden müßte als er nützen könnte, wobei der Schaden nicht nur auf die Beteiligten, sondern auch auf die übrigen Wirtschaftszweige sich ausdehnen müßte, dann trifft er seine Entscheidung von Amts wegen „im öffentlichen Interesse“.

Wären in diesem Falle also wirklich die „öffentlichen Interessen“ bedroht? Im Gegenteil! Wir sind sogar der Auffassung, daß gerade die Haltung der Bergarbeiter, die keine Verbindlichkeitsklärung haben wollten, um eine größere Lohnerhöhung erzwingen zu können, in „Wahrung der öffentlichen Interessen“, neben ihren eigenen, bestimmt war. Diese Haltung der Bergarbeiter entsprang nämlich der Ueberzeugung, die auf einer öffentlichen und durch die Zechenbesitzer nicht erschütterten Beweisführung basierte, daß der Ruhrbergbau eine wesentliche Lohnerhöhung sehr wohl zu tragen in der Lage ist. Die in dem nunmehr für verbindlich erklärten Lohnschiedspruch zugesprochene Lohnerhöhung, die theoretisch nur mit 1 Prozent für den Unternehmer zu Buche schlägt, aber in der Praxis wahrscheinlich so gut wie gar nicht wirksam werden wird, stellt eine bewußte Ignorierung der wirtschaftlichen Tatsachen dar im Interesse einer rein gefühlsmäßig vorgefaßten und daraus vorbestimmten Entscheidung. Die diesbezüglich schon im Herbst vorigen Jahres eröffnete Beeinflussungskampagne der Ruhrindustriellen hat hier nur allzu gute Wirkung getan. Der Fall ist äußerst lehrreich.

Wenn wir nämlich rückschauend den ganzen Verlauf jener Kampagne bis zum Lohnschiedspruch nochmals verfolgen, dann ist festzustellen, daß sämtliche in Frage kommenden Regierungsstellen hundertprozentig den Darlegungen des Zechenverbandes in seinen Denkschriften sowie wahrscheinlich auch mündlichen Vorträgen erlegen waren. Wo auch nur irgendein Regierungsangehöriger, besonders Minister (wir erinnern nur an Handelsminister Schreiber), den Mund aufmachte, um über das Ruhrgebiet zu reden, da klang es nach Bankrott und Zusammenbruch. Die ganze Öffentlichkeit, in Ermangelung tieferer Einsicht, war natürlich darauf hereingefallen. Es war kaum eine Stimme in den maßgeblichen Wirtschaftsstellen und -redaktionen, die auch nur einen Zweifel an dieser Schwarzmaterei äußerten. Erst dann, als wir im Verbands selbst an eine objektive Prüfung der Unternehmerdarlegung herangingen, gab es eine Wendung. Wir führten den Gegenbeweis vor aller Öffentlichkeit mit dem Resultat, daß es heute keinen einzigen objektiv denkenden Menschen mehr gibt, der noch an die Unrentabilität des Ruhrbergbaues glaubt. Im Gegenteil, wir konnten den Nachweis erbringen, daß unsere Lohnforderung bewilligt werden konnte und darüber hinaus noch ein Ertrag für die Unternehmer übrig bliebe, der größer wäre als in den ganzen zurückliegenden Jahren der Nachkriegszeit. Selbst namhafte Wirtschaftszeitungen, wie das „Wagazin der Wirtschaft“, schrieben offen, daß unsere Beweisführung ergeben hätte, daß eine 60prozentige Erfüllung unserer Lohnforderung möglich sei, weshalb man dieselbe doch den Bergarbeitern gewähren sollte. Und die zuständigen Regierungsstellen?

Sie haben nichts gemacht! Sie hatten sich auf Grund der Unternehmerdenkschriften festgelegt und konnten sich doch nicht selbst beschämen. Und doch wäre es zum Beispiel dem Reichswirtschaftsministerium ein leichtes gewesen, sich von der Haltlosigkeit des Unternehmergesprächers zu überzeugen, da es ja nur dasselbe zu machen brauchte, was wir taten, nämlich eine Rentabilitätsberechnung aufzumachen auf Grund der früheren Untersuchungen, nur unter Einschaltung der veränderten Größenordnungen bezüglich Preisen und Produktionssteigerung. Wir sind überzeugt, daß sich dann ein noch günstigeres Bild ergeben hätte, weil so die richtigen veränderten Zahlengrößen festgestellt worden wären, die wir nur „ungefähr“ einsetzten, wobei wir immer noch unten korrigierten, um ja keinen Angriff für die Unternehmer zu provozieren. Aber, wie gesagt, man hat nichts gemacht und so den völlig der Wirklichkeit widersprechenden Schiedspruch vorbereitet und seine Verbindlichkeitsklärung

Werbeaktion bis 1. August

Im Herbst 1928 beschloß der Verbandsvorstand, im Jahre 1928/29 die Werbeaktion besonders zu fördern. Gleichzeitig wurde beschlossen, den erfolgreichsten Werbern eine Auszeichnung in Form eines auf Seite 152 dieser Nummer verzeichneten Buchgeschenkes zu gewähren. Bedingung war, daß die erlangten Erfolge bis 30. April 1929 erzielt sein mußten. Viele Hunderte von Kameraden konnten sich so die Auszeichnungen, zum Teil in vollem Umfange, verdienen. Da aber die Werbeaktion selbst bis 1. August 1929 festgelegt war, hat der Vorstand nun beschlossen,

die Werbeprämien bis Ablauf der Aktion, also bis 1. August 1929, weiter zu gewähren

Kameraden, nutzt die Gelegenheit, um die kleine Anerkennung für treue Organisationsarbeit zu erwerben. Es dient euch selbst zur Ehr' und der Arbeiterklasse zur Wehr!

proviziert. Das ist deshalb schon so außerordentlich bedauerlich, weil gerade solche Fehlentscheidungen (als die wir sie bezeichnen müssen angesichts unserer Beweisführung für die Zulässigkeit einer weiterreichenden Lohnerhöhung) das Vertrauen in das Schlichtungsverfahren völlig untergraben müssen.

Es ergibt sich aber weiter ganz klar aus diesen Vorgängen, daß der jetzige Zustand in der Kohlenbewirtschaftung nicht weiterbestehen kann. Wir sind heute — das hat diese Lohnbewegung unzweifelhaft bewiesen — in der Lage, die Geschäftsgestaltung der Kohlenwirtschaft weitgehend zu überschauen. Es darf bei zukünftigen Schlichtungsentscheidungen deshalb nicht der Willkür der zuständigen Schlichter- und Regierungsstellen überlassen bleiben, ob sie sich der Argumentation der Unternehmer- oder der Arbeitervertreter anschließen, sondern es muß eine permanente, rechtlich fundierte Untersuchungsmöglichkeit (über den Reichskohlenrat) geschaffen werden, die eine objektive, den Einwendungen beider Parteien gerecht werdende Orientierung über die tatsächliche Lage gestattet. Wir sind überzeugt, daß auch dann noch der Streit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und vielleicht auch den Schlichtungsinstanzen nicht ausgeschaltet werden kann. Die Auseinandersetzungen aber werden dann mehr grundsätzlicher Art sein. Der Streit in solchem Stadium wird wahrscheinlich um die Verteilung des jeweiligen Gewinnes selbst gehen. Schon in der jetzigen Bewegung fing diese Frage bereits an akut zu werden. Im

Anschluß an unsere Beweisführung war tatsächlich schon in den Verhandlungen die konkrete Frage aufgetaucht, was wir als Gewerkschaften denn den Zechenbesitzern an notwendigem Gewinn zusprechen wollten. In dieser Form und so allgemein gestellt läßt sich die Frage natürlich nicht beantworten. Aber so viel muß doch jedem halbwegs objektiv urteilenden Menschen klar sein, daß dann, wenn bei einer 100-Millionen-Tonnen-Förderung der Ruhrbergbau pro Tonne rund 2 Mark Reingewinn erzielt, ohne die notwendige Akkumulations- und Abschreibungsrate, es eine Lächerlichkeit ist, der Arbeiterschaft als ihren Anteil ganze 8 (acht) Pfennig zuzusprechen.

Besonders interessant aber ist die Rechtfertigung dieser Tatsache, wie sie hauptsächlich die Unternehmer versuchten, womit sie anscheinend auch bei den übrigen entscheidenden Stellen Anerkennung finden konnten. Danach wäre, unsere Beweisführung einmal zugegeben, der nachgewiesene Reingewinn doch immer noch keine angemessene Rente bei der Tatsache, daß im Ruhrbergbau pro Tonne ein Kapital von rd. 32 M. investiert sei. Diese Begründung kennzeichnet den ganzen Wahnsinn der privatkapitalistischen Wirtschaft in ganz klarer Deutlichkeit. Der Sinn des privatkapitalistischen Wirtschaftens ist eben nicht die Versorgung und Bedarfsbefriedigung der Wirtschaftsgesellschaft, sondern die Sicherung der privatkapitalistischen Profitrate. Es ist also nicht einmal die Profitmasse, die heute ja schon unerhört hoch ist im Ruhrbergbau, sondern es ist die Profitrate, gemessen am vorhandenen Kapital. Es ist also nicht genug, daß die Arbeiter dem Kapitalisten die ungeheuren Kapitalgüter produzieren, die derselbe akkumuliert, investiert, anhäuft, sondern der Arbeiter soll dieses angehäufte Kapital auch noch verzinsen. Während also der Reichtum des Unternehmers dauernd wächst, verlangt er noch extra eine Verzinsung des gewachsenen und stets wachsenden Reichtums, demgegenüber der Arbeiter immer nur um sein Existenzminimum zu kämpfen hat. Und in diesem Streit um die Verzinsung des Reichtums einerseits und des Existenzminimums des Arbeiters andererseits kommt im privatkapitalistischen Denken und Wirtschaften der „angemessenen“ Verzinsung des Reichtums die Vorberücksichtigung zu. Auch der gefällte und für verbindlich erklärte Schiedspruch ist diesem privatkapitalistischen Verlangen gerecht geworden.

Damit aber ist die Folge dieser Regelung das gerade Gegenteil von dem, was heute eigentlich für die Wirtschaft im „öffentlichen Interesse“ notwendig wäre. Wir als Gewerkschaften streben nämlich danach, durch Aktivierung des Reingewinns im Arbeitslohn als vermehrte Kaufkraft die Produktion immer mehr zu entfalten, das heißt, wir wollen überall, wo es möglich ist, die Löhne erhöhen, damit die Arbeiter auch die Waren kaufen können, die produziert werden. Die Unternehmer aber wollen immer mehr Reingewinn akkumulieren, also keinen Gewinn in Lohnerhöhung stecken. Das muß aber doch unaufhaltsam zur Krise führen, weil die Produktion immer mehr gesteigert werden soll und muß, um das stets wachsende Kapital „angemessen“ zu verzinsen, aber nicht gesteigert werden kann, weil doch wegen der niedrigen Löhne, also der mangelnden Kaufkraft, niemand die Waren aus der gesteigerten Produktion kaufen kann. Damit ist ganz offenkundig, daß die Verbindlichkeitsklärung nicht im „öffentlichen Interesse“, sondern gerade gegen das „öffentliche Interesse“ wirken wird.

Wir ließen bei dieser Frage die rein soziale Seite einmal ganz außer Betracht. Angefügt sei deshalb noch, daß es, rein ethisch gewertet, allem menschlichen Fühlen und Denken höhn spricht, daß der Kapitaldienst in „angemessener“ Verzinsung dem Dienst am Menschen, an seiner sozialen Sicherstellung und kulturellen Hebung, vorgeht. Wenn das nun einmal so im Privatkapitalismus ist — und nach Unternehmerauffassung auch so sein muß —, dann soll man eben den Mut haben, an der Beseitigung dieser Wirtschaftsordnung mitzuwirken, um eine neue, nur dem Menschen und seiner Bedarfsbefriedigung dienende zu schaffen.

Wir hoffen, daß diese Fehlentscheidung im Lohnstreit gar bald wieder eine Korrektur erfahren wird. Die erste und beste Gelegenheit bietet der Neuabschluß des Manteltarifs und des Mehrarbeitsabkommens. Hier muß unbedingt unseren Forderungen auf Erleichterungen für die Arbeiter in der Arbeitszeitfrage sowie auf Erhöhung des Mindestlohnes entgegengekommen werden. Es wäre eine Ungerechtfertigkeit, die nie von einem Ruhrbergmann verstanden werden könnte, wenn für die nächsten einhalb Jahre die ganze Anteilnahme des Bergarbeiters an der gebesserten Geschäftslage im Ruhrbergbau ganze 8 (acht) Pfennig pro Schicht sein sollten, die dazu für einen großen Teil der Arbeiter nur auf dem Konten ausbezahlt werden können.

Um die Arbeitslosenunterstützung.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum steht zurzeit die Arbeitslosenunterstützung. Zwei Momente waren es, die dazu beigetragen haben, diesen Versicherungszweig in den Bereich öffentlicher Erörterungen zu bringen. Einmal die missliche finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung und zweitens einige Mängel, die angeblich das ganze Gesetz brüchig gemacht haben.

Die finanziellen Bedrangnisse des Instituts für Arbeitslosenversicherung sind hauptsächlich auf den strengen Winter zurückzuführen. Die von den Unternehmern und Versicherten zu leistenden Beiträge reichen aus, um 800 000 Unterstützungsempfänger laufend zu unterstützen. Da das Gesetz erst kurze Zeit in Kraft ist, konnte ein Notstock noch nicht geschaffen werden. Trotz alledem ging die Arbeitslosenversicherung mit einem Notfonds von 109 Mill. M. in den Winter hinein. Natürlich mußte ein denarbig katastrophaler Winter alle Berechnungen über den Dausen werfen. Nicht nur die laufenden Beiträge, sondern auch der Notstock wurden in kurzer Zeit restlos aufgebraucht. Außerdem mußten erhebliche Reichsaufschüsse geleistet werden. Die Arbeitslosenversicherung nahm ein Darlehen in Höhe von 250 Mill. vom Reich auf. Außerdem war ein Reichsausschuß von 92 Mill. für die Saisonarbeiterfürsorge notwendig.

Die angesprochene Kassenlage des Reiches läßt nun solche großen Zuschüsse besonders drückend erscheinen, zumal die stoffe Erträge, die Reparationskrisis und anderes noch dazu kommen. Aus all diesen Gründen ist eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung vorzuschlagen worden. Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, einer beschränkten Beitragserhöhung in der Höhe von 1 Prozent des Lohnes ihre Zustimmung zu geben.

Die Spalten der bürgerlichen Blätter sind seit Wochen angefüllt über angebliche Mängel, die die Arbeitslosenversicherung gezeitigt habe. Es lohnt wohl kaum, an dieser Stelle auf die vielen freibetretenden und überbetretenen Klagen einzugehen. Die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wird, kann auf folgende Formel gebracht werden: Die Arbeitslosenversicherung ist nur bei einem Teil der Versicherten berechtigt. Es werden Unternehmungen bezogen von solchen Leuten, die nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse keinen Anspruch haben. Die heutige Form der Versicherung erzeugt weite Arbeiterkreise zur Faulheit. In diesem Rahmen der Vorkürfe bewegen sich die Klagen, die seit Wochen und Monaten von der bürgerlichen Presse und von den Unternehmern erhoben werden. Vielleicht sind einige Mängel vorgekommen. Zugegeben auch, daß durch die Arbeitslosenversicherung kein reiflicher Idealzustand herbeigeführt wurde. Dies hindert aber nicht, an der bisherigen Arbeitslosenversicherung unter allen Umständen festzuhalten. Das Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung war eines der besten, welches in den letzten Jahren zur Annahme gelangte. Eine solche Ermengenschaft nach kurzer Bestehen preisgegeben lediglich weil ein außergewöhnlicher Winter alle Berechnungen über den Dausen warf oder hier und da einige Mängel vorgekommen sind, wäre doch etwas viel verlangt. Die Gewerkschaften haben an dem Zustandekommen dieses Gesetzes in ausgiebiger Weise mitgearbeitet. Sie haben in ihm die Einlösung eines Versprechens, welches der Arbeiterschaft durch die Reichsverfassung gegeben ist. Sie werden sich deshalb einen solchen positiven Erfolg nicht ohne weiteres verweigern lassen. Eher sind sie bereit, einer Erhöhung der Beiträge zuzustimmen, als daß sie die Existenz des ganzen Gesetzes in Frage stellen.

Zweifellos kann es nicht angehen, daß die Arbeitslosenversicherung jedem plötzlichen Anstiegen der Arbeitslosigkeit schutzlos gegenübersteht. Die Versicherung muß leistungsfähig gestaltet werden. Dabei leugnen wir aber nicht, daß es Pflicht der Regierung ist, für außergewöhnliche Vorkommnisse aufzukommen oder in bestimmten Fällen und in bestimmten Maße Zuschüsse zu leisten. Die Auswirkungen eines solchen katastrophalen Winters wie in diesem Jahre lediglich den Versicherten aufzubringen zu wollen, geht unter keinen Umständen an. Für Naturkatastrophen muß die Gesamtheit der Staatsbürger aufkommen und die Vertretung der Gesamtheit der Bevölkerung ist der Staat, in diesem Falle die Reichsregierung. Die Gewerkschaften werden nicht abgeneigt sein, dem Beschlusse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bezüglich der Beitragserhöhung in gewissem Sinne zu folgen. Sie müssen es aber ablehnen, die aus der Koalitions-

politik sich ergebenden Bindungen auf Kosten der Arbeiterschaft tragfähiger zu gestalten. Bestimmte Anträge, die die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung zum Ziele haben, werden von der Deutschen Volkspartei unterstützt. Es ist auf die Dauer antragbar, daß eine Partei, deren Minister in der Regierung sitzen, sich als Schleppenträger der Reaktion betätigt. Das muß mit aller Entschiedenheit gesagt werden. Die „Gewerkschafts-Zeitung“ hat in ihrer Nummer 17 sehr deutlich zu dieser Frage Stellung genommen. Wir dürfen wohl hoffen, daß dies an verantwortlicher Stelle genügend beachtet wird, andernfalls müßten schärfere Töne angeschlagen werden.

Die Arbeitslosenversicherung muß solange bestehen bleiben, wie es unverschuldete Arbeitslose gibt. Die Versicherung schützt den rechtlichen Anspruch aller berechtigten, die Beiträge geleistet haben. Sollten sich wirklich Mängel und Mißbräuche in nennenswerter Zahl eingestellt haben, dann dürfte es nicht schwer sein, sie zu beseitigen. Wir sind überzeugt, daß wir in dieser Beziehung die Unterstützung der Mehrzahl der Arbeiter finden. In nennenswerter Weise darf das bestehende Gesetz nicht geändert werden. Mamentlich müssen es die Gewerkschaften ablehnen, die Saisonarbeiter von der Arbeitslosenversicherung auszuschließen. Der verfloßene Winter hat ein Beispiel davon gegeben, in welcher unverschuldete Not breite Arbeitermassen kommen können. Ihnen das Recht auf Unterstützung zu entziehen würde bedeuten, alle Erfahrungen aus der jüngsten Zeit in den Wind zu schlagen. Wir sind uns dessen gewiß, daß in nächster Zeit ein scharfer Kampf um die Arbeitslosenversicherung entbrennen wird. Ihm auszuweichen haben wir keine Ursache. Wir sind überzeugt davon, daß weite Kreise des Volkes mit uns darin übereinstimmen, wenn wir beströbt sind, den Arbeitern und Angestellten das Recht auf Unterstützung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu erhalten. Sind wir auch nicht in der Lage, jedem Menschen das Recht auf Arbeit zu garantieren, so wollen wir ihm doch das Recht auf eine sichere, wenn auch bescheidene Existenz erhalten.

Der Klassenkampf der Unternehmer.

Das Jahr 1928 war ein Jahr des scharfen Klassenkampfes von oben. Dies kommt besonders in den Ziffern der verlorenen Arbeitstage durch Ausperrungen zum Ausdruck. Nach dem Bericht des Reichsarbeitsministeriums war in den vergangenen Jahren folgender Ausfall an Arbeitstagen durch Arbeitskämpfe zu verzeichnen:

Jahr	Stück	Verlorene Arbeitstage durch Ausperrung	Insgesamt
1924	13 196 470	22 663 111	35 861 581
1925	11 259 064	5 845 933	17 104 997
1926	891 606	513 269	1 404 875
1927	2 872 808	3 133 141	6 005 950
1928	3 892 363	7 118 006	10 450 478
	31 554 332	39 273 540	70 827 881

Im verfloßenen Jahre gingen rund 10,5 Millionen Arbeitstage infolge von Arbeitskämpfen verloren. Das ist eine gewaltige Steigerung gegenüber den letzten beiden Jahren. An Zahl der verlorenen Arbeitstage sind die beiden Jahre 1924 und 1926 noch verlustreicher. Nach der Stabilisierung handelte es sich darum, die äußerst niedrigen Löhne auf eine einigermaßen vertretbare Höhe zu bringen. Deshalb die große Zahl von Bewegungen mit Arbeitskämpfen. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage durch Ausperrungen war im verfloßenen Jahre doppelt so hoch als diejenige, welche durch Streiks verursacht waren. Wir haben die gesamten Ziffern der Verluste an Arbeitstagen in dem Jahrsrückblick von 1924 bis 1928 zusammengestellt. Man muß dabei feststellen, daß auch in den fünf Jahren zusammengekommen die Zahl der verlorenen Arbeitstage durch Ausperrungen wesentlich höher war, als diejenige durch Streiks. Das ist die Auswirkung des Klassenkampfes, wie ihn das Unternehmertum führt! Welche Werte sind durch ihn verloren gegangen! Aus den volkswirtschaftlichen Verlusten hätte die geforderte Lohnerhöhung vielleicht jahrelang gezahlt werden können. Der Kampf in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie hat einen Gesamtverlust von 5,7 Millionen Arbeitstagen verursacht. Man beachte, daß sich dieser Kampf gegen eine Maßnahme der Reichsregierung richtete!

Druck auf den Reallohn.

Auf den Märkten hat sich in den Jahren nach der Inflation eine recht merkwürdige Bewegung vollzogen. Wir sehen, daß die Preise für Agrarprodukte ständig gefallen sind. Getreide- und Viehpreise lagen zeitweise unter Friedensstand, während fast alle anderen Waren, in Auswirkung einer äußerst merkantilen Goldbrechung, in ihrem Preis den Friedensstand um mindestens 50 Prozent überschritten haben. Dazu kommt eine andere Erscheinung. Während die Produzenten für Agrarprodukte äußerst niedrige Preise erhalten, müssen die Verbraucher sehr hohe Preise bezahlen. Die Bewegung der Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise, der sogenannten Kleinhandelspreise, ist bei den Agrarprodukten äußerst verschieden. Fallen die Erzeugerpreise für Agrarprodukte, so machen die Verbraucherpreise diesen Sturz nicht oder nur ungenügend mit. Den Verbrauchern werden Preise abgefordert, die den Erzeugerpreisen nicht entsprechen. Daraus erklärt sich zum Teil der heftige Druck auf den Reallohn. Im Grunde genommen handelt es sich bei der ganzen Bewegung um einen Teil des Kapitalneubildungsprozesses, wie er seit der Inflation in Deutschland üblich ist. Er geht vorzugsweise zu Lasten der Verbraucher und kommt dem Handel und der Verarbeitung zugute. Händler, Agenten, Metzger und Wäcker haben an dem Sturz der Getreide- und Viehpreise in den letzten Jahren schwer verdient. Die breiten Massen sind aber in einem Ausmaß ausgewaschen worden, wie wir das in der Wirtschaftsgeschichte selten erlebt haben.

Man hat viel von der Schweine- und der Rinderkriege in Deutschland gesprochen. Diese Kriege sind nicht zu leugnen und sind ein Ergebnis der Anarchie unserer kapitalistischen Wirtschaft und der notwendig gewordenen Umstellung, zum Beispiel in der Rindviehwirtschaft von der Fleischproduktion auf die Milchproduktion. Die Ernte 1927 konnte nur zum Teil, weil sie zu wässrig war, vermarktet werden. Sie wanderte mehr als je in die Erde. Das bedeutete eine Vermehrung der Schweinebestände. Der Ueberfluß im Schweineangebot drückte auf die Preise und führte zum Zusammenbruch derselben. Andererseits stellt sich der deutsche Landwirt seit Jahren auf die Milchproduktion um. Dadurch werden dem Markte große Bestände zugeführt, was Abflachung der Rinderpreise bedeutet. So kam es, daß Schweine-

und Rinderpreise zeitweise weit unter dem Stand von 1913 lagen. Wir bringen in unserer Tabelle eine Uebersicht über diese Entwicklung (Jahresdurchschnitt für 100 Pfund in Mark):

Jahr	Stallpreise	Kleinhandelspreise
1913: Rindvieh	39,4	91
Schweine	48,9	79,5
1928: Rindvieh	34,5	118,7
Schweine	66	136,5
1927: Rindvieh	38,6	123,4
Schweine	53,7	121,2
1926: Rindvieh	36,3	126,1
Schweine	55,7	123

Die Kleinhandelspreise machten die Bewegung der Stallpreise nicht mit. Von den Metzgern wurde also dem laufenden Publikum ein Preis abgefordert, der nicht dem Erzeugerpreis entsprach, sondern einem weit darüber liegenden Preis. Die Aufschläge, die sogenannten Spannen, haben sich dadurch stark vergrößert. Der Sturz der Viehpreise in den Nachkriegsjahren kam dem Handel und der Verarbeitung zugute und ging zu Lasten der Konsumenten. Das kommt so recht zum Vorschein, wenn wir die Preisspannen berechnen, indem wir die Viehpreise im Durchschnitt 1913 = 100 setzen. Dann ergibt sich folgendes (Preispannen zwischen Stallpreis und Kleinhandelspreis, Viehpreis 1913 = 100):

Jahr	Rindvieh	Schweine
1913	231	162
1926	344,1	206,8
1927	319,7	225,7
1928	347,4	222,5

Von der ganzen Rinder- und Schweinekriege haben die Verbraucher gar nichts gehabt. Die Aufschläge der Händler und Metzger erhöhten sich. Mit der Preispanne ging aber selbstverständlich auch die Gewinnspanne in die Höhe. Eine ähnliche Bewegung hat sich beim Getreide vollzogen. Hier führten die glänzenden Ernten im Jahre 1928, verbunden mit der Ausdehnung der Getreideanbauflächen und der Leistungssteigerung pro Hektar und Hektar, zum völligen Zusammenbruch der Getreidepreise. Im Juli 1928 bezahlten wir noch für 1000 kg. Weizen an der

Der Weg der Arbeiterchaft zum wirtschaftlichen Einfluß.

Marx sagte mit Recht, daß im Schoße der jeweiligen Gesellschaft sich bereits die Kräfte für die sich neu formende Gesellschaft bilden, also für alle gesellschaftliche Entwicklung eine gewisse Gesetzmäßigkeit besteht. Man kann nicht einfach mit der Vergangenheit und Gegenwart brechen und plötzlich ein Zukunftssystem erträumen, für das alle Voraussetzungen fehlen. Es ist unmöglich, Gesellschaftssysteme durch einen revolutionären Akt zu kürzen, wenn die Entwicklung durch Ausdehnung von innen und entsprechende Neubildungen nicht genügend Vorarbeit geleistet hat. Die Menschheit beginnt nie neue Arbeit, sondern setzt stets die alte zielbewußt fort. Auch unternimmt sie nur solche Aufgaben, die sie zu lösen vermag.

Aus der Erkenntnis, daß alles gesellschaftliche Leben ein unauflöslicher fortwährender Entwicklungsprozess ist, hat sich die Mehrheit der Arbeiterchaft auf den Boden der Demokratie gestellt, um auf diese Weise Einfluß zu gewinnen und das herrschende System zu überwinden.

Der beste Gradmesser einer Entwicklung ist ohne Zweifel die Demokratie. Sie zeigt genau an, ob eine Zeit reif ist für irgendwelche größeren Aktionen oder nicht, und gewährleistet Erhaltung und Fortentwicklung von durchgeführten Reformen. Zwar beschränken sich Kapitalismus und bürgerlicher Terror manchmal eine Entwicklung, etwas grundlegend Neues zu erschaffen vermögen sie doch nicht, denn Geschichte kann nicht durch Federstriche und Diktatprüche gemacht werden. Sie ist durch die Entwicklung bedingt, wie uns England als jüngstes Beispiel beweist. Ein politischer Gewaltakt kann nur dann den erwarteten Erfolg zeitigen, wenn er vollzieht und sichert, was als Anlage bereits entwickelt oder gar schon ausgereift ist.

Die Beherrschung der Kapitalismus, insbesondere der radikale Konzentrations- und Trustkapitalismus, konnte durch seine Misswirtschaftlichkeit alle künftige Entwicklung gefährden, ist unangenehm. Ein Ueberblick über die Wirtschaftsgeschichte zeigt uns, daß die Arbeiterchaft in der jetzigen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung in viel günstigerer Lage sich befindet, als der Kapitalismus sich befindet, als er seine Aufgabe übernahm, die feudale Produktionsweise abzulösen und das viele vorhandene individuelle Privateigentum in den Zustand kapitalistisch kollektiven

Eigentums zu verwandeln. Es ist doch ohne Zweifel schwieriger, daß einige Besitzende eine große Masse enteignen und deren soziales Verhältnis grundlegend umgestalten — eine Aufgabe, die das kapitalistische System doch gelöst hat —, als daß einige wenige Magnaten des Hochkapitalismus durch die Masse der Schaffenden aus ihrer Vorzugstellung in Wirtschaft und Gesellschaft entfernt werden.

Die Entwicklung drängt

zu einer Synthese zwischen den noch heute feindlich sich gegenüberstehenden Kräften der Wirtschaft: Kapital und Arbeit. Je früher die Arbeiterchaft den Fluß der Entwicklung erkennt, um so eher ist sie in der Lage, diesen Entwicklungsprozess in ihrem Sinne und im Interesse des sozialistischen Gemeinwohlgedankens maßgebend zu beeinflussen. Es ist darum der Sozialisierungsprozess nicht allein ein Prozess mechanischer Wirtschaftsrationalisierung, sondern auch ein Menschenproblem von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da er einen bestimmten Reifegrad voraussetzt. Daher auch Demokratie als Gradmesser dieser gesellschaftlichen Entwicklung.

Was haben nun diese geschichtlichen Darstellungen, was hat dieser Rückblick und die Gegenwartsbetrachtung mit dem eigentlichen Thema zu tun? Viel, denn nur so können wir zu einem Anblick, zu einer kritischen und nüchternen Lösung der Kräfteverhältnisse und schaffen somit die Grundlage für eine praktische, erfolgreiche Arbeit. Wirtschaftlicher Einfluß läßt sich nur dann gewinnen, wenn man seine Stellung klar erkennt und alle Möglichkeiten geschickt ausnützt. Darum geschichtliche Betrachtung, denn aus der Vergangenheit ist zu lernen.

Es herrscht in Arbeiterkreisen vielfach eine unbegreifliche Scheu vor einem Durchdringen des organischen Aufbaues der kapitalistischen Wirtschaft. Man glaubt nicht recht an eine Ausdehnung von innen, weil man sich alles von der äußeren Einwirkung, dem politischen Machtkampf, verschreibt. Das beste vermittelnde Mittel müssen wir, um das bestehende Wirtschaftssystem zu überwinden, ist vielen, ja vielleicht den meisten nicht klar. Man ruft nicht „Einsein in die Wirtschaft“, um nach bürgerlicher und kommunikativer Argumentation Posten für Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu ergattern, sondern ein Eindringen in die Wirtschaft ist nötig, will man in der Wirtschaftsführung mitbestimmen werden und die anarchische Wirtschaftsweise in eine Planwirtschaft umgestalten.

Die Widerstände, die sich bei diesem Auf „Einsein in die Wirtschaft“ zeigen, waren auch zu überwinden, als es hieß „Einsein in den Staat“. In einer politischen Demokratie bröht die absolute politische Wirtschaft zu einem Staat im Staate zu werden. Das kann nur verhindert werden durch Schaffung einer Wirtschaftsdemokratie. Die ersten schwachen Ansätze nach dieser Richtung hin sind bereits sichtbar. Wir sehen, nach welcher Richtung die Entwicklung geht, und das stimmt uns hoffnungsfreudig.

Dem Bürgertum im 18. und 19. Jahrhundert hatte eine langwährende Entwicklung bereits die eigentliche Wirtschaftsführung in die Hand gegeben, als die Revolution das überholte absolute politische System beseitigte. Sie erfüllte lediglich diese Stellung des Bürgertums und sicherte ihm den noch fehlenden politischen Einfluß.

Heute geht die Entwicklung umgekehrt. Das politische Schwergewicht liegt nicht mehr, wie damals, bei einem absoluten Herrscher, sondern ist durch das demokratische Prinzip in die Masse verlegt worden. Der politische Einfluß ist also da. Er hat die Wirtschaftslage der arbeitenden Klasse wohl gehoben, doch nicht grundlegend geändert. Diese Veränderung vermag nur das Mitbestimmungsrecht der noch heute fast absolut regierten Wirtschaft zu vollziehen.

Wo sind die Hebel anzulegen,

um diesen notwendigen wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen? Welche Wege führen zur Wirtschaftsdemokratie und damit zum sozialen Ausgleich?

Artikel 165 der Reichsverfassung zeigt uns einen solchen. Es heißt hier: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“ usw. Die Verwirklichung und der Ausbau des großen Wirtschaftsparlamentes, also des Reichswirtschaftsrates mit seinem Unterbau, den Bezirkswirtschaftsräten, würde durch seine gutachtliche Tätigkeit einen indirekten Einfluß auf das Parlament und damit auf die Wirtschaftspolitik darstellen.

Diese Einflusgewinnung auf die Wirtschaftspolitik — darüber muß sich jeder klar sein — bedeutet noch lange nicht Wirtschaftsführung. Eine solche Führung gibt es in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt nicht. Sie könnte erst da sein, wenn Wirtschaft nicht mehr eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit

Berliner Börse 245,9 M. gegenüber etwa 200 M. im Jahre 1913. Der Weizenpreis ging bis zum Dezember 1928 auf 206,3 M. zurück.

Ueber die Preisbewegung orientiert folgende Zusammenstellung, wobei die übliche Umrechnung in Anwendung kommt, daß 1000 Kg. Getreide bei einer Ausmahlung von 70 Prozent = 700 Kg. Mehl ergeben und daß aus 1000 Kg. Weizen bzw. 700 Kg. Roggenmehl 775 Kg. Semmelmehl hergestellt werden (in Mark):

Table with 3 columns: Item, July 1928, December 1928. Rows include Weizen 1000 Kg., Semmeln 775 Kg., Roggen 1000 Kg., Roggenmehl 700 Kg.

Die Natur der Preisentwicklung läßt sich selbstverständlich nur erkennen, wenn man die Bewegung der Preisspanne beobachtet. Diese zeigt, gegenüber den Notizen, eine durchaus aufsteigende Bewegung.

Table with 3 columns: Item, July 1928, December 1928. Rows include Zwischen Weizen und Semmeln, Zwischen Roggen und Roggenmehl im Kleinhandel.

Diese Aufstellung bedarf keines Kommentars. Sie zeigt glatt, wie große Teile des Einkommens der breiten Massen über die Wucherpreise für die bloße Ernährung festgelegt werden, ohne daß die Anspannung der Kaufkraft durch die Erzeugerpreise begründet ist.

Der Tarifstreit im sächsischen Steinkohlenbergbau vorläufig beigelegt.

Im Reichsarbeitsministerium in Berlin haben die Tarifparteien des sächsischen Steinkohlenbergbaues am 26. April zu der durch den Schiedsbruch vom 15. April d. J. neu geschaffenen Lage Stellung genommen.

Bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die sich mit dem Antrage der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 15. April befaßten, war es den Vertretern der Bergarbeiter möglich, bis zum endgültigen Ablauf des alten Tarifvertrages für die Zwischenzeit nachstehende Verbesserungen auf dem Wege einer Vereinbarung durchzusetzen:

- 1. Im Mehrarbeitsabkommen für Arbeiter unter Tage vom 2. Februar 1924 wird in Ziffer 1 folgender zweiter Satz eingeschaltet: „Die Arbeitszeit der Kohlearbeiter richtet sich nach der Verordnung vom 20. Januar 1925.“

Vorstehende Forderungen und Verbesserungen des alten Tarifvertrages treten in Kraft. Die Mehrarbeitsabkommen und die Arbeitszeit bleiben im Sinne des Schiedspruches auch durch

find kein Zufall, sondern rühren tatsächlich aus den überhöhten Kleinhandelspreisen her. Wir haben in dieser Festlegung der Kaufkraft mit einem äußerst wichtigen volkswirtschaftlichen Problem zu tun.

Welche Mittel gibt es gegen diesen Wucher? Nur eins: die Vereinheitlichung des Warenweges! Es ist nicht notwendig, daß der Handel an der deutschen Ernte jährlich Milliarden verdient.

Die Vereinbarung über den 30. April 1929 hinaus unverändert bestehen. Eine endgültige Regelung ist in der Arbeitszeitfrage für den gesamten deutschen Bergbau erst durch das kommende Bergarbeitsgesetz zu erwarten.

Ueber Lohnerhöhung, Lohnsystem, Richtlinien über Gewährung von Entschädigungen für nicht verbrachten Urlaub durch Abgeltung bei Invaliden und abtretenden Arbeitern aus dem Bergbau im Sinne der neuen Rechtsprechung aus dem Arbeitsvertrag werden die Parteien erneut in Verhandlungen eintreten.

Aufgabe der sächsischen Bergarbeiter muß es in den kommenden Wochen sein, ihre gewerkschaftliche Organisation mit allen Kräften zu fördern und zu stärken, damit der neue Tarifvertrag den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung trägt und der Schwere ihres Berufes entspricht.

Konferenz der Betriebsräte des Zeiß-Weißfeller Reviers.

Der Bergbauindustriearbeiterverband hielt am 21. April seine erste Betriebsräte-Vollversammlung nach den Betriebsratswahlen im „Tiergartenhof“ in Zeiß ab.

Sehr eingehend beschäftigte sich Kamerad Lehmann mit den sozialen Aufgaben der Betriebsräte. Es war ihm leicht, an Hand der einzelnen Paragraphen nachzuweisen, daß die Betriebsräte

nicht nur ein Mitwirkungsrecht, sondern teilweise sogar ein Mitbestimmungsrecht haben, zum Beispiel bei Festlegung von Strafen auf Grund des § 80 Abs. 2 des Betriebsvertrages.

Demnach erfolgte die Wahl der Betriebsräte zum Bezirksbeirat. Gewählt wurden die Kameraden Karl Kratochwil, Albert Pabstle, Albert Liegenstein und Alfred Schürblich.

Darauf machte Kamerad Weidart bekannt, daß in Anbetracht unseres 10-jährigen Verbandsjubiläum eine Ehrung der Jubilare für den Bezirk am 24. und 25. August im „Brenschischen Hof“ und im „Tiergartenhof“ stattfindet.

Der Arbeitsmarkt im Ruhrbergbau

Die letztmonatliche Entwicklung auf dem bergbauartigen Arbeitsmarkt des Ruhrgebietes spiegelt sich in den Zahlen des Stichtagesergebnisses vom 15. April. Die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter verminderte sich von 15 017 Mitte März auf 11 699 Mitte April 1929.

Von den verbleibenden Arbeitsämtern steht Essen mit 3444 (4384) arbeitssuchenden Bergarbeitern bei weitem an erster Stelle. Es folgen sodann Gelsenkirchen-Buer 1531 (2184), Bochum 1199 (1607), Serne 932 (1141), Recklinghausen 836 (1113), Duisburg 708 (721), Dortmund 636 (736), Oberhausen 562 (605), Weisel 389 (384), Gladbeck 294 (576) usw.

Auch in der letzten Aprilwoche nahm die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter ab, teils infolge Aufnahmefähigkeit des Ruhrbergbaues selbst für bergmännische Fachkräfte, teils infolge weiterer Vermittlungen nach Sachsen und in das Wurmrevier, teils auch infolge der Aufnahmefähigkeit der Außenberufe.

Nach den vorläufigen Berechnungen des Bergbauischen Vereins in Essen wurden in der Woche vom 14. bis 20. April 1929 im Ruhrgebiet in sechs Arbeitstagen 2 432 366 Tonnen Kohle (arbeitsmäßig 405 391 Tonnen) gegenüber 2 430 532 Tonnen (arbeitsmäßig 405 089 Tonnen) ebenfalls in sechs Arbeitstagen der Vorwoche gefertigt.

geworden ist, wenn die Planwirtschaft einem Gesamtwillen untergeordnet und damit planmäßiges Wirtschaften erst möglich geworden ist. Jedenfalls stellt der Aus- und Unterbau des Reichswirtschaftsrats einen guten Fortschritt auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie dar.

Sobald muß der Urzelle der Produktion, dem Einzelbetrieb, ein größeres Interesse geschenkt werden. Man muß den Betriebsrat besser schulen und ihm ein größeres Mitbestimmungsrecht erkämpfen.

Große Aufmerksamkeit ist weiter den Konjunkturforschungsinstituten zu schenken. Sie müßten durch staatliche Mittel in die Lage gesetzt werden, einwandfreie Arbeiten zu leisten.

Parteien, Kongerne, Trusts, die heute schon vielfach Monopolstellungen einnehmen und ihre Macht zum Schaden der Gesamtheit ausüben, sind unter strenge staatliche Aufsicht zu stellen.

völlige Lösung des Organisationsproblems der Gewerkschaften jetzt aber auch eine Entscheidung über die Frage der Betriebsräte in den Kartellen und Kongernen, ihr Aufbau und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften voraus.

Ausbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper

also des Reichskohlenrats, Reichskarlirats, des Eisenwirtschaftsbundes usw., gebacht werden, und die Rechte des staatlichen Aufsichtorgans (Reichswirtschaftsminister), das heute ja auch schon unter gewissen Voraussetzungen Beschlüsse beanstanden und die Verwaltung selbst ausüben kann, müssen in eindeutiger Form festgelegt und erweitert werden.

Eine weitere Art, wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen, wäre die Förderung des Genossenschaftsgedankens. Ohne Zweifel sind sich die Arbeiter ihrer Macht als Konsumenten noch nicht recht bewußt geworden, denn die Konjunktorgenossenschaften üben eine regulierend wirkende Preisgestaltung auf dem allgemeinen Warenmarkt aus.

Sobald wäre zu erwähnen, inwiefern wohl eine zwingende Beteiligung des Staates in industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen befürworten soll. Da ich mir eine plötzliche Vergeßlichkeit nicht gut denken kann, nehme ich an, daß sich der Staat zuerst eine Viertel-, eine Drittel- oder eine halbe Beteiligung verschafft.

Fest steht jedenfalls, daß das Prinzip der Gleichberechtigung in der Wirtschaft sich theoretisch längst durchgesetzt hat. Aufgabe der Partei und Gewerkschaft ist es nun, die Theorie zur Praxis zu machen.

erhaltenen Stellen mit fähigen Leuten besetzt werden, sonst ist aller Erfolg ein rein negativer. Um nun nicht nur Positionen zu erkämpfen, sondern sie auch zu sichern bzw. auszubauen, ist es unbedingt erforderlich, eine wirtschaftliche Schulung der Arbeiterschaft zu betreiben.

Gedanke der Ebenbürtigkeit und Parität

lebt und macht Fortschritte. Aufgabe der Partei und der Gewerkschaft ist es, diese Entwicklung zu beschleunigen. Neben der mechanischen Parität soll auch die geistige bestehen, denn große Zahl und rohe Kraft allein sind nichts.

Zusammenfassend sei also nochmals gesagt: Wirtschaftlicher Einfluß wird gewonnen und verstärkt durch politische und gewerkschaftliche Kleinarbeit sowie durch mächtige Aktionen großer Interessengruppen.

Darum ist alle Furcht, darum sind alle Bedenken vor einem „Sinein in Wirtschaft und Staat“ unbegründet, denn diese sollen doch von uns im Sinne des sozialistischen Gemeinschaftsideals umgestaltet werden.

W. Beck

Haus und Leben

Frauen und Mädchen im Heim.

In dem wunderbaren Gedicht „Die Glode“ sagt Schiller an einem der vielen das Leben der Menschen fliegenden Abschnitte: „Die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben.“ Er sagt damit ein Wort, das bei tiefem Eingehen in seinen Sinn das weibliche Wesen als eine im Strahlengang ihrer Bestimmung leuchtende See erscheinen läßt; als Mädchen, welches das Haus der Eltern mit Sonnenchein erfüllt, und später als Hausfrau, die ihr Bestreben darin sieht, dem Manne ein trauliches Heim zu bereiten, ihm eine Gefährtin zu sein, die Freund und Leid mit ihm teilt, ihren Kindern aber eine treusorgende Mutter ist, die über Wohl und Wehe derselben wacht.

Das ist das Ideal, das aus diesem kurzen Worte spricht. Leider ist es aber im Leben so, daß neben den Rosen Dornen stehen, die beim Klüften sehr oft empfindlich stechen und den Genuß des Besizes verleben.

Das war natürlich schon immer so, doch haben sich im Laufe der Zeiten die Verhältnisse gewandelt, so daß man ihnen die Schuld geben muß, wenn die Dornen die Rosen überwuchern.

Mehr als jemals muß heute das weibliche Wesen trachten, sich im Lebenskampf zu behaupten. Nicht immer, wie früher in den vorliegenden Fällen, lockt verführerisch das Ziel, beim Sturmtreten aus dem Elternhaus sich in das gesicherte Heim des Gatten zu begeben. Die Ehe ist für große Teile der schaffenden Kreise eine Institution des Kummers und des Glends geworden, also nicht mehr eine bloße Versorgungsstätte für den weiblichen Teil, sondern vielfach eine Gemeinshaft von Kamevoden, in der Mann wie Weib für den Unterhalt der Familie besorgt sein müssen.

Das Gefühl der Gleichberechtigung ist logischerweise die natürliche Folge. Es wird gestärkt durch die Nationalisierung und Modernisierung der Betriebe, die die gelehrten Arbeiter in Massen auf die Straße setzt, um weibliche Hilfskräfte an ihre Stelle zu setzen. Diese aber sehen, daß sie Mittel der Ausbeutung sind und verlangen deshalb mit voller Berechtigung die gleiche Existenzberechtigung wie der männliche Arbeiter.

Wenn ich an gleicher Stelle von Dornen spreche, so meine ich selbstverständlich diejenige Kategorie weiblicher Wesen, die außerhalb dieses Kreises stehen und sich zu Unrecht die Gleichberechtigung anmaßen, weil sie in ihrem Wesen den Begriff derselben vollständig vermissen. Sie vergessen, daß sie trotz aller Gleichberechtigung als Mensch immer noch Weib sind, und schießen im Wettstreit mit dem Mann in Wettbewerb zu treten, weit über das Ziel hinaus.

Ein trunkener Mann wirkt lästig, eine trunksüchtige Frau oder eine tolle, die sich gehen läßt, wirkt ekelerregend. Sie verlegt die weibliche Würde und Zurückhaltung, die den Mann reizen kann, eine Frau an sich zu legen.

Nicht darüber will ich reden, daß sie sich einen Substanzschneider lassen, der ihnen nicht steht, auch nicht, daß sie rauchen, trinken, Sport treiben und sich amüsieren, aber darüber, daß sie darüber vergessen, an Frauenpflichten zu denken. Sie können zumeist weder hochen oder sonst einigermaßen einen Haushalt ins Stand halten, noch viel weniger sind sie fähig, eventuell Kinder zu weiblichen Menschen zu erziehen. Dafür spielen sie beispielsweise Klavier derart virtuosenhaft, daß die Nachbarschaft tobt, die Stunde klingen und sagen und Mäuse sich vertriehen. Auch reden können sie, besser als ein Diskussionsredner, der stundenlang die Zuhörer langweilt und nichts zu sagen weiß, und nebenbei einen Mann täglich unzählige Male zur Verzweiflung zu treiben imstande sind, der sich von einer hübschen Larve und vom trüglichen Schein einfangen ließ.

Was gilt solchen Personen die Liebe eines Mannes, der nach einer verlebten Seele sucht, nach Gegenseite und Häuslichkeit sich sehnt! Für sie ist der spannenlose eigene Genuß die Triebkraft, die die Gemütsfreiheit im Heim rationalisiert. Wie reizt das Wirtschaftsgeld, ewig ist Schmalhans Küchenmeister, dafür füllen

sich Schränke und Kommoden mit Munder, die die Motten fressen. Kommt der Mann nach Hause, dann ist der Ofen kalt, und hungrig muß er wieder abziehen, weil die Frau auswärts weilt. Bald frisst das Barometer auf den Gefrierpunkt. Baul und Schlimmeres sind die Folgen. Der Mann geht ins Wirtshaus, wo er seinen Groll vertritt, die Frau zur guten Freundin oder sonstwohin.

Wertvolle Mädchenknospen, arbeitsam und im Elternhaus Geübte fänden, bleiben unbeachtet — sie, die fähig sind, das Leben eines Menschen zu verschönern und die sich danach sehnen, liebende Gattin und Mutter zu sein.

Der äußere Schein trügt, die Seele eines Menschen allein verdrängt reines Familienglück. Arthur Maltzer.

Jugend und Gewerkschaften.

Wenn irgend etwas dazu dient, dem Fortschritt und der Naturnähe im Leben und den Verhältnissen der Menschen eine Hilfe zu bauen, so ist es die Stärkung der Berufsorganisation — die Werbung für die freien Gewerkschaften.

Allzu groß ist leider noch immer die Masse der Indifferenten und Unorganisierten, die allein die verantwortliche Schuld trifft, daß das herrschende Ausbeutersystem noch nicht der Existenzsicherung der auf Arbeit angewiesenen Massen Platz gemacht hat. Groß ist auch die Zahl derjenigen unter ihnen, die aus ungenügenden Gründen den Gewerkschaften den Rücken gelehrt haben und jetzt abseits stehen und nicht den Mut zur Rückkehr von sich aus finden. Und dies, trotzdem sie wissen, daß ihr Aussehen einen Nachteil für sie selbst und für die Gesamtheit bedeutet und obwohl sie seit langem erkannt haben müssen, welchen hervorragenden Einfluß den zahlenmäßig und wirtschaftlich starken Gewerkschaften zukommt.

Nur eines leichten Anstoßes bedarf es, oft allerdings auch eingehender Bearbeitung, je nach den Widerständen, die es zu überwinden gilt, und die Außenseiter reihen sich wieder in die Kampffront ein.

Besonders ist der Jugendbewegung höchste Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu widmen. Dem Stamm der erprobten älteren Gewerkschafter muß nach Möglichkeit die gesamte schaffende Jugend sich anschließen. Sie bedeutet nicht nur eine Rückendeckung, sondern sie ist für die Zukunft das unerschöpfliche Kraftreservoir, aus dem der Strom junger Kämpfer fließt, der die Reihen der Alten ausfüllt und verstärkt.

Nur, wenn es gelingt, die große Armee der wertvollen Jugend für die freigewerkschaftlichen Ziele zu mobilisieren und zu begeistern, wird es möglich werden, das gesteckte Ziel der Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung zu erreichen.

Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Deshalb ist es verkehrt, sich mit dem Nachwuchs aus Gewerkschaftskreisen zu begnügen. Auf solche Weise geht es nicht vorwärts. Auch darf nicht vergessen werden, daß die freien Gewerkschaften bei der Werbung nur auf sich selbst angewiesen sind und daß alle inneren Streitigkeiten nur dazu dienen, um die Ziele zu durchkreuzen und die Macht der kapitalistischen Kreise zu stärken.

Auf dem Gebirge von Volks- und Berufsschulen stehen Lebenskunde und Volkswirtschaft. Die vom Staat bezahlten Lehrkräfte aber halten es unter ihrer Würde und Aufgabe, das Thema der Bedeutung der Arbeitnehmerorganisationen anzuschneiden oder

gar das Gedeihen und Verderben der Arbeiterschaft mit dieser als eng verknüpft zu lehren.

Der größte Teil der schulentlassenen Jugend kennt nicht einmal vom Hörensagen den Umfang ihres Einflusses. Dafür wird sie mit Verunglimpfungen gefüttert, die das nach „Menschwerdung“ strebende Gefühl erstickend wirken lassen.

Eine Ausnahme bilden, wie schon erwähnt, diejenigen Jugendlichen, deren Eltern freigewerkschaftlich organisiert sind und schon in ihren Jugendjahren wertvolle Mitarbeit zu leisten imstande sind.

In den Betrieben, Kontoren und Werkstätten entscheiden nicht selten in Organisations- und sonstigen Fragen die Ansichten des Bureauchefs oder Meisters, denen der Jugendliche aus Furcht, Respekt oder Unkenntnis sich zumeist unterwirft. Damit aber gehen der Gewerkschaftsbewegung unzählige Jugendkollegen verloren.

Wiel Arbeit ist, wie man sieht, auf diesem Gebiet noch zu leisten. Ist erst die Jugend geschlossen zum Angriff gegenüber Trambition und Ausbeutung bereit, dann wird auch manches in den Reihen der Älteren, heute mutlos gewordenen Kollegen anders werden.

Eins aber muß noch gesagt sein: Soll der Jugendliche sich in der Gewerkschaft wohl fühlen, dann muß er der Ueberzeugung sein, als gleichberechtigt in seinen Kreisen anerkannt zu werden. Jedes über die „Mistel“ anheben, das „Unerfahrene der Jugend“ vorwerfen, jedes an die „Wand“ drücken muß wegfallen.

Die Rücksichtnahme und die Zurückhaltung, die von der Jugend verlangt wird, auch zum Teil berechtigt ist, muß im gleichen Sinne dieser gegenüber gepflegt werden. Es ist unbedingt nötig, sich dem vorwärtsdrängenden „Lebhaften“ Naturell der Jugend anzupassen und auch der aktiven Mitarbeit aus dem Bestreben, „zu nützen“, sind die Steine aus dem Wege zu räumen. Selbstverständlich für solche Arbeit ist, daß sie sich im Rahmen des gewerkschaftlichen Programms hält.

Der Erfolg solcher betätigter Praxis muß ein wertvoller, das Ziel fördernder sein.

Deshalb ruft die Jugend heran! Hans Friedrich Schnabel.

Die Kraft der Frau.

Die Kräfte, die die Arbeit von Menschen verlangt, sind je nach dem Berufe verschieden. Sie sind aber auch unter den verschiedenen Geschlechtern verschieden, und doch wird im modernen Arbeitsleben von Frauen die gleiche Arbeitskraft wie von Männern verlangt.

In der Kraftleistung stehen die Frauen aber, so schreibt Prof. Kubner in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, in allen Zeitperioden hinter den Männern zurück. Das gilt schon für die Jugend. Bis zum 12. Lebensjahre hat das Mädchen nur acht Zehntel der Kraft der Knaben. Im 15. Lebensjahre sind Knaben und Mädchen im Gewicht etwa gleich, aber ihre Muskulatur ist dennoch nicht gleich stark, denn die Lebenskraft der Mädchen macht nur 0,62 von der Kraft der Knaben. Mann und Frau unterscheiden sich bei gleichem Körpergewicht und bei mäßiger Arbeit nicht in ihrem Stoffwechsel und in ihrem Nahrungsverbrauch. Granderfahrungen sind aber, so sagt Kubner, die Befähigungen zu größter Kraftleistung. Auch wenn wir Mann und Frau in ihren besten Leistungen vergleichen, sind die Werte für die Frau nur 0,64 von jenen des Mannes.

Dennoch wird die Frau heute so oft in unerhörter Weise in das Berufsleben eingezogen. Sie hat dazu in ungeheurer vielen Fällen neben der Berufstätigkeit noch ihre häuslichen Aufgaben zu erledigen. Bei solchem Raubbau an der weiblichen Gesundheit sind frühes Altern und Krankheiten unausweichlich. Durch solche Ueberlastung ist, wie Kubner schreibt, sogar bei jungen weiblichen Personen der Verlust eines gesunden, blühenden, jugendlichen Aussehens festzustellen.

19 Woche vom 5. bis 11. Mai 1929
Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

Die Frau und der Sozialismus.

Seit zehn Jahren, also seit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland — wir wollen das nicht ganz einseitige Wort Revolution lieber vermeiden — gilt die Gleichstellung der Frau mit dem Manne als vollzogene Tatsache. Die deutsche Nationalversammlung vom Jahre 1919 hat diesen Gedanken verfassungsrechtlich festgelegt und seitdem herrscht — nach bürgerlicher Auffassung — völlige Gleichstellung für beide Geschlechter. Davan ist etwas Wahres, aber auch ebensoviele Falsches.

Wahr ist, daß in der Welt der Weiblichen die Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter im großen und ganzen als gelöst bezeichnet werden kann. Die Dame, das ist die Frau der Befähigten und herrschenden Oberschicht, kann ihr Lebensschicksal, soweit ihr individuelles Wollen und Können mißspricht, nach freiem Ermessen gestalten. Ob sie sich beruflich betätigt oder nicht, welchen Beruf sie ergreift und welchen nicht, ob sie eine Ehe schließen oder lösen will, ob sie in der politischen Arena aufzutreten gedenkt oder nicht, ob sie am literarisch-künstlerischen Leben teilnehmend oder gar schaffend teilnimmt oder nicht: für sie geht es nur nach niedriger Schranken, weil sie über wirtschaftliche Selbstständigkeit verfügt. Sie ist in der Tat dem Manne ihrer Gesellschaftsglieder gleichgestellt, soweit es in einer Massengesellschaft überhaupt Gleichheit geben kann. Denn im Bewußtsein der bürgerlichen Welt ist natürlich die alte soziale Rangordnung längst nicht aufgehoben. Auch dort ist die Frau als Erbin der öffentlichen Lebens im Grunde nur geduldet, immerlich nicht als gleichwertig anerkannt. Das zeigt schon im engen Kreise der Familie an und zeigt sich in vermehrter und verschlechterter Aufzucht im Bereich von Wirtschaft und Politik, im Berufsleben, in Wissenschaft, Kunst, Literatur usw. — Moral. Jedoch, wenn die Frau der Oberklassen sich durchsetzen will, d. h. wenn sie das Zeug dazu hat, sich die ihr gebührende Position zu erobern, so kann sie es. Der bürgerlichen Frau stehen — das ist die allgemeine Regel — alle Türen offen. Einzelne Ausnahmefälle besagen nichts gegen das Prinzip.

Erst außerhalb der Welt des Besizes beginnt das eigentliche Problem. Was für jene dort schließlich doch nur mehr oder weniger Revolution bedeutet, wird hier zur bitteren Wirklichkeit. Die Revolution über die Gleichberechtigung der Frau und alle sonstigen Teilprobleme verschwinden hier nicht von der Tagesordnung. Das ist an sich schon ein bedauerliches Zeichen für den Fortschritt eines Zustandes, der die Götter nicht zur Ruhe kommen läßt. Aber bei allem Reden wird der Herr der Erde nur immer mehr. Lassen wir alle Selbstverständlichkeiten stehen: daß die Entwicklung des kapitalistischen Großbetriebes die weibliche Frau in Scharen aus die Schranken des Ge-

werbslebens getrieben hat; daß beispielsweise im Zeitraum von 1895 bis 1925 der Anteil der erwerbstätigen Frau im Verhältnis zur gesamten weiblichen Bevölkerung von 25 auf 35,6 Prozent angezogen ist; daß bei der Gesamtheit der berufstätigen Frauen ein nicht unbeträchtlicher Teil noch Hausfrauenpflichten zu erfüllen hat; daß im Zusammenhang mit der ökonomisch-sozialen Entwicklung in der Zeit von 1895 bis 1928 trotz steigender Zahl der Eheschließungen die relative Zunahme der Bevölkerung von Jahr zu Jahr stark gemindert ist. (So war der Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner im Jahre 1895 noch 13,9, im Jahre 1918 aber 11,8, im Jahre 1928 nur noch 6,5.) Alle diese Zusammenhänge sind hundertmal benannt worden und werden es immer wieder, ohne daß man damit das eigentliche Frauenproblem auch nur um ein Zota der Lösung nähergebracht hätte. Die gesagt, das sind im Grunde Selbstverständlichkeiten, die für das Bürgertum im Gefühl bedrohlicher Klasseninteressen Probleme darstellen mögen. Der Sozialist sieht die gleichen Dinge unter ganz anderer Beleuchtung.

Wir haben vor allem die Frage zu stellen: Wo ist trotz mächtig angewachsener Teilnahme der Frau an modernen Wirtschaftsleben, trotz relativer Gleichstellung der Geschlechter im Unterrichts- und Berufs-, trotz verfassungsmäßiger Gleichberechtigung mit aktivem und passivem Wahlrecht die tatsächliche Freiheit der proletarischen Frau? Wir haben heute eine Reihe weiblicher Parlamentsmitglieder proletarischer Herkunft. Das ist richtig. Wir haben zumeist auch weibliche Schöffen und Geschworene, die proletarischen Schichten angehören mögen. Zugegeben. Wir haben sogar weibliche Polizeibeamte im Frauen- und Außendienst. Auch dieser Fortschritt soll getrennt bemerkt werden. Aber wieviel hat das alles mit der großen Armee proletarischer Frauen zu tun? Hat sich ihre Massenlage wesentlich geändert? Haben die proletarischen Frauen — als Masse gesehen — jenes Feuergeistes geistiger Befreiung durchschritten, durch das jeder Klassenkämpfer hindurch muß, der an der Menschheitsidee des Sozialismus mitarbeiten will? Seien wir ehrlich: das geistige Niveau der proletarischen Frauenwelt ist immer noch beängstigend niedrig. Daran hat auch eine jahrzehntelange aufreibende Arbeit im wesentlichen nichts zu ändern vermocht. Und haben — möchte man fragen — selbst diejenigen proletarischen Frauen, die innerhalb der Arbeiterorganisationen Anerkennungswertes geleistet, die sozialistische Weltanschauung im grundlegenden neue Werte erschert? Von den wenigen Ausnahmefällen kann man getrost absehen. Das meiste, was an Geist und Form bisher geschaffen wurde, ist fast durchweg Männerarbeit gewesen. Und wie steht es mit den moralischen Werten? Sind diese für den proletarischen Kampf zu unentbehrlichen Elementen von Seiten der Frau her zu glühender Klammere entzweit worden?

Wenn wir solche Fragen stellen, so soll das nicht als Vorwurf verstanden werden. Wir wären nämlich Sozialisten, wenn

wir die Wirklichkeit anklagen wollten — deshalb, weil sie so ist, wie sie ist. Die geistigen und moralischen Unzulänglichkeiten, die der Arbeiterklasse insgesamt — dank einer vielhundertjährigen Sklaverei — notwendig anhaften, lassen naturgemäß in noch weit höherem Grade auf der Seele der ausgebeuteten Frau. Sie, die ewige Lastträgerin eines doppelten Glends, weil zu dem gesellschaftlichen Schicksal hier auch noch das häuslich-individuelle hinzukommt, sollte mit einem Schläge tauenbürgliche Ketten abstreifen können, die von dieser heutigen Gesellschaftsordnung noch fester gefestigt werden? Mit Redensarten wie der, daß die Befreiung der Frau nur das Werk der Frau selber sein könne, ist hier in diesem Falle so gut wie gar nichts getan.

Wie sollte denn auch eine solche Befreiung vor sich gehen, solange Mann und Frau — zumindest in der Ehe — eine wirtschaftliche Einheit bilden? Das, geradeheraus gesagt, der männliche Proletarier heute ein wirkliches Interesse an der vollen Freiheit seiner Lebensgefährtin? Kann er — an eine jeder wahren Menschennatur widerstrebende Klassenfrage gebunden — im Ernst ein solches Interesse aufbringen? Wir sehen auch hier wieder von erfreulichen Einzelfällen ganz ab und denken ausschließlich ans Ganze. Und selbst wo der ganzer proletarischer Hausfrauen-schicksals unter dem Einfluß einer gehobenen Lebenslage weniger bitter empfunden wird: erscheint der heutige Proletarier neben den üblichen „gottgewollten“ Abhängigkeiten nicht auch noch mit anderen schweren Erbschaften belastet? Trägt er in seinem Kopfe, mehr oder weniger bewußt, nicht zu allem Unheil noch Reste jener rückwärtigen Lebensauffassung, die an dem Standpunkt des „Herr im Hause“ mit Fähigkeiten festzuhalten weiß? Das sind bekannte Ueberlieferungen, von denen sich auch der geistig Vorgeschnittene nicht immer freizumachen vermag. Auch das gehört zur heutigen Wirklichkeit. Und wir können zum Schluß doch einer Weltgedrückten Sinneswahrheit nicht aus dem Wege gehen, die eben darin besteht, daß der Kapitalismus nicht nur durch wirtschaftliche und staatliche Machtmittel die Lage beherrscht. Das meiste geschieht durch die unbedingte Herrschaft über das Denken.

Wie will man also die Frauenfrage grundsätzlich lösen, wenn man nicht zuvor die Befreiung vom bürgerlichen Denken zuwege bringt! Wie befreit man sich aber vom gesellschaftlichen Denken seiner Zeit, ohne daß man den Wurzeln dieser herrschenden Geisteshaltung zu Leibe rückt! Wenn es wahr ist, daß gesellschaftliches Sein das Bewußtsein bestimmt, dann erscheint eine grundlegende Veränderung im proletarischen Denken nur möglich als Folge einer völligen Umwälzung der Grundverhältnisse. Der Kampf um die Gleichstellung der Frau mündet also — wie könnte es anders sein! — im gemeinsamen proletarischen Kampf mit dem Ziel einer sozialistischen, das heißt klassenlosen Gesellschaft.

Marie-Luise Sturm im „Bücherkreis“

Betriebsratswahlen.

Bessere Ergebnisse.

In Nr. 17 der „Bergbau-Industrie“ sind die Endergebnisse von sechs Bezirken abgedruckt. Nachstehend bringen wir die Endergebnisse der Betriebsratswahlen aus den Bezirken Köln und Nordhausen:

Bezirk	Belegschaftsmitglieder	Zahl der	
		Wahlberechtigten	Wahlberechtigten
Köln	15 317	13 953	11 704
Nordhausen	8 344	7 808	7 510

Zahl der Stimmen:

Bezirk	Freie Gewerkschaften		Christliche Gewerkschaften	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Köln	7296	49,5	163	6,2
Nordhausen	7161	91,5	47	3

Zahl der Mandate:

Bezirk	Freie Gewerksch.		Christl. Gewerksch.	
	Mandate	Prozent	Mandate	Prozent
Köln	154	14,2	95	4
Nordhausen	133	15,6	14	—

Gemischte Listen der KPD. und Unorganisierten wurden in den beiden Bezirken nicht aufgestellt. Zu dem Wahlergebnis von Nordhausen schreibt die Bezirksleitung folgendes:

Zum ersten Male ist der Verband in dem Flugblattbetrieb im Kramschachtel bei Stolberg mit einer eigenen Liste hervorgetreten. Der Verband erhielt dort 42 Stimmen und 2 Mandate, der christliche Gewerkschaften 62 Stimmen und 4 Mandate. Unsere Kameraden haben dort voll und ganz ihre Pflicht getan. Das selbe trifft zu auf dem Kalwerf Bernerode. Wir erhielten hier ein Mandat mehr als im Vorjahr.

In Friedendorf haben die gelben Wertvereine jeden Kredit bei den Belegschaftsmitgliedern verloren. Sie brachten noch 47 Stimmen, jedoch kein Mandat mehr auf. Die von unseren Kameraden geleistete Arbeit brachte also einen schönen Erfolg.

Es stehen noch die Endergebnisse von sechs Bezirken aus.

Rheinisches Braunkohlenrevier.

Nach dem von den 29 Betrieben vorliegenden Endergebnis der Wahl aus dem linksrheinischen Braunkohlenrevier erhielten die freien Gewerkschaften im Betriebsrat 128 Sitze, der christliche Gewerkschaften 77, die Gelben 8 und die Unorganisierten einen.

Zu der Wahl ist noch besonders zu sagen: Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter erhebt in der „Brühler Zeitung“ und im „Röhrer Lokal-Anzeiger“ ein großes Siegesgeschrei, verbunden mit allerhand lieblichen Krosftausdrücken gegen die Führer des Bergarbeiterverbandes. Warum denn so aufgeregt? Wenn Ihr lobel gewonnen habt, dann freut Euch doch und schimpft nicht so sehr, denn wie verträgt sich das mit Eurer christlichen Einstellung? Oder gehört es zur christlichen Gewerkschaftsbewegung, daß man Worte, wie „fehlende Intelligenz“, „Strunellohigkeit“, „Abrafax“ und wie die lieblichen Krosftausdrücke alle heißen, gebraucht? Oder wenn man schreibt: „Nicht die Liste wählen, deren Führer im Bande agitationslistigen Verkürzung der Arbeitszeit fordern und in verantwortlicher Stelle 57 Stunden pro Woche festsetzen.“ Oder: „... deren Führer in einer Koalition mit den Arbeitgeberern stehen.“ Wenn die Führer des christlichen Gewerkschaftsvereins es für richtig halten, die weiteren Kämpfe in einem derartigen Ton zu führen, kann es uns recht sein, für uns wird es schließlich nur Vorteil bringen.

Und wie sieht es mit dem Siege des Gewerkschaftsvereins aus? In der „sozialistischen Hochburg“ auf Grubwerk will der Gewerkschaften 84 Stimmen gewonnen haben. Wie war es denn in dieser Hochburg? Im vorigen Jahre hat der „Stahlhelm“ Euch dort das einzige Mandat, welches Ihr im Werke hattet, abgenommen, und dieses Jahr Euch wieder großmütig zurückgegeben, indem er selbst keine Liste aufstellte, aber an seine Anhänger die Parole ausgab, nur die christliche Liste zu wählen. Und das nennt Ihr Sieg! Mit Hilfe des „Stahlhelms“! Na, wir danken!

Auf Wille II will man 52 Stimmen gewonnen haben. Dabei ist hier seit 1924 überhaupt nicht gewählt worden. Wie nun dieser große Hebelkünstler des Gewerkschaftsvereins diese 52 Stimmen errechnet, bleibt uns allen ein Rätsel. Ja, dort hat man sogar bisher dem Gewerkschaften freiwillig ein Mandat überlassen. Als dieses Jahr die Wahl entscheiden sollte, war er nicht in der Lage, sich in dem Bereich des „Wohlfühlens“ ein Mandat zu erkämpfen, er erhielt keinen Sitz im Betriebsrat. Wie man da noch von einem Sieg sprechen kann, bleibt Geheimnis des Gewerkschaftsvereins. Nur eines möchten wir wissen: in welchen Betrieben der Gewerkschaften seine 120 (?) Mandate sitzen hat?

Wer Sieger ist, beweisen die Wahlen vom ganzen Revier. Die oben angeführten Zahlen zeigen klar und deutlich, wo die Arbeiterschaft steht. Und auch die schmutzige Agitation des Gewerkschaftsvereins, welche er in allen Flugblättern und Käseblättchen des Reviers gegen unseren Verband und seine Führer betrieben hat, konnte nichts zugunsten des Gewerkschaftsvereins helfen.

Auf den Gruben Lübertz und Weiß im rechtsrheinischen Erzbergbau erhielt unser Verband 10 und der Gewerkschaften 5 Sitze im Betriebsrat.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im März 1929.

Im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug im Monat März 1929 die Kohlenförderung bei 25 Arbeitstagen 9 736 179 To. gegenüber 9 108 325 To. im Februar bei 24 Arbeitstagen. Die Bricketherstellung belief sich im März 1929 auf 2 434 085 To., im Februar auf 2 006 287 To. Die Kohlerzeugung stellte sich im März 1928 auf 45 395 To., während sie im Vormonat 39 126 To. betrug.

Die arbeitstäglige Produktion betrug im März 1929 an Kohle 389 527 To., im Vormonat 379 514 To., an Bricketts 97 363 To., im Vormonat 88 595 To., an Koks 1 464 To., im Vormonat 1397 To.

Beim mitteldeutschen Braunkohlenabbau war der Absatz an Hausbrandbriketts im März infolge der kalten Witterung recht gut. Der Brickettverbrauch ging von 34 670 To. Ende Februar auf 14 600 To. Ende des Berichtsmonats zurück. Weniger günstig war der Absatz an Industriebriketts. Dies machte sich die rückläufige Konjunktur deutlich bemerkbar.

Der Absatz an Grudeloks hat gegenüber dem Vormonat etwas abgenommen, doch lagen Ende des Berichtsmonats 170 000 To. Bestände auf Halde.

Im Gebiet des rheinischen Braunkohlenabbaus hat die durch die Kälte im Februar außergewöhnlich angepannte Lage auf dem Hausbrandmarkt auch im Berichtsmonat unverändert angehalten. Die Nachfrage war so lebhaft, daß es noch nicht möglich war, die während der Kälteperiode geräumten Läger des Handels wieder aufzufüllen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß mit einsetzender wärmerer Witterung ein Nachlassen der Konjunktur auf dem Hausbrandmarkt eintreten wird. Die Abrufe der Industrie waren im allgemeinen weiterhin befriedigend, wenn auch einige Industriezweige eine gewisse Zurückhaltung zeigten.

Das Los der Achtstundentagkonvention.

Was wird letzten Endes mit der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag geschehen? Wie weit wird die englische Regierung in ihrem Kampf gegen diese Konvention gehen und wie lange wird sie darauf bestehen, daß sie nur ratifiziert werden kann, wenn sie genau so aussieht, wie es ihr in den Kram paßt? Was haben die Arbeiter zu tun, um trotz aller Widerstände die Ratifizierung der Konvention in ihrer jetzigen Form herbeizuführen?

Auf diese Fragen findet man in einem im Organ des belgischen Gewerkschaftsbundes veröffentlichten Artikel von Mertens, dem Vizepräsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts, offene und klare Antworten. Mertens gibt sich in Bezug auf die Absichten der britischen Regierung nicht der geringsten Illusion hin. Wenn Sir Arthur Steel, Maitland, der englische Arbeitsminister, sagt, daß er sofort für die Ratifizierung der Konvention sei und daß seine Regierung sicher seinem Worte folgen werde, wenn die Konvention modifiziert wird und dabei die von ihm aufgeworfenen Fragen „in zufriedenstellender Weise“ berücksichtigt werden, so fragt sich Mertens sofort, welche Spitzfindigkeiten wohl wieder hinter dieser angeblichen Zuversichtlichkeit stecken könnten. Er führt in diesem Zusammenhang aus:

„Es gibt jedoch dabei ein großes Aber! Denn kurz vor dieser Erklärung sagte Sir Arthur im Verwaltungsrat des I.A.B. unter anderem noch einmal ausdrücklich, daß man unter den von ihm unterbreiteten Punkten auch Fragen finde, die vielleicht nicht als wichtig genug erachtet werden, um sie in Erwägung zu ziehen. Er sei jedoch der Ansicht, daß alle seine Einwände geprüft zu werden verdienen. Dies heißt natürlich mit anderen Worten, daß, wenn man den Mut haben würde, auch nur einen einzigen der von England aufgeworfenen Punkte auszuschalten, dies die englische Regierung dahin erklären würde, daß ihre Anregungen nicht in „zufriedenstellender Weise“ geprüft und gelöst wurden und daß sie deshalb das Versprechen Sir Arthurs betr. die Ratifizierung nicht zu halten brauche, ganz wie sie fernerzeit das im Namen der britischen Regierung auf der Washingtoner Konferenz gegebene Wort auch nicht hielt. Wenn in Bezug auf diese Einstellung noch Zweifel beständen, so dürfte der Hinweis genügen, daß Sir Arthur bei der Aufzählung der angeblichen Schwierigkeiten der Durchführung der Konvention die Bemerkung machte: „Wenn sie überhaupt gelöst werden können.“ Dies zeigt klar, daß er die Frage der Schwierigkeiten in einer Art zur Debatte stellte, derzufolge diese Schwierigkeiten nach seiner eigenen Ansicht wohl gar nicht gelöst werden können, so daß es ohne Zweifel äußerst schwierig wäre, von einer zufriedenstellenden Lösung zu sprechen.“

Wer in zehn Jahren und nach zahlreichen Konferenzen und Interpretationsversuchen nicht ratifiziert hat, wird es ohne Zweifel womöglich auch fernerhin nicht tun. So bleibt denn die Hoffnung auf andersgeartete Regierungen und auf die Kraft und den Einfluß der Arbeiterschaft gestellt. Was die in verschiedenen Ländern fälligen Wahlen und die dadurch eventuell zustande kommenden neuen Regierungen betrifft, so sagt Mertens mit Recht, daß man sich, so erfreulich auch die Resultate dieser Wahlen sein mögen, nicht zuviel darauf verlassen dürfe. In der Tat ist unter den gegenwärtigen Umständen und dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in den Parlamenten auch bei der besten Regierung die volle Aktivität der Arbeiterschaft nötig, um zum gewünschten Ziele zu gelangen. Mertens wendet sich deshalb, trotz aller günstigen Aussichten, vor allem an die Arbeiterschaft der verschiedenen Länder und fordert sie auf, in ihrem Kampfe nicht müde zu werden:

„Seit den letzten Sitzungen in Genf haben verschiedene Arbeiterblätter mehrerer Länder der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach den nächsten Wahlen in England, Holland, Dänemark usw. die Arbeiter kräftiger bestehen werden. Nach unserer Ansicht genügt dies nicht! Die organisierte Arbeiterschaft muß vor allem auch dazu stehen, diese Kräfte rationell anzuwenden. Man sehe das Beispiel Deutschlands, wo die Leitung der Regierung und des Arbeitsministeriums in Händen von Sozialdemokraten ist und dem Arbeitsministerium sogar ein ehemaliger Gewerkschaftsführer vorsteht: der deutsche Arbeitsminister ist es gewesen, der in Genf, wahrscheinlich auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts, dem britischen Arbeitsminister die Stange hielt!

Unsere deutschen Kameraden haben zunächst durch den Mund ihres Delegierten Müller in Genf selber und später auch in ihren Zeitungen offen gegen die Ausführungen Wisslows Stellung genommen, und man kann annehmen, daß sie ihren im Reichstag von Grafnam eröffneten Kampf fortsetzen werden.

In gleicher Weise müssen auch die Kameraden der anderen Länder vorgehen. Wenn die fälligen Wahlen die organisierten Arbeiter stärken werden — woran wir keinen Augenblick zweifeln —, so müssen sie das Beispiel Belgiens befolgen, wo auf G. und der energischen Haltung der zwei sozialistischen Minister und unter dem direkten Einfluß der Gewerkschaftsbewegung das Parlament das in Washington und London gegebene Wort eingelöst und die Washingtoner Konvention ohne Vorbehalt ratifiziert hat.

Der Kampf für die allgemeine und vorbehaltlose Ratifizierung der Washingtoner Konvention ist für den Augenblick vom internationalen auf das nationale Gebiet übertragen. In unseren Kameraden ist es, auf dem Posten zu sein und den Kampf bis zum vollen Siege fortzusetzen. Sie können mit unserer vollen Sympathie und Unterstützung rechnen.“

Schwindelnachrichten.

Im Zusammenhang mit den vom „Sunday Express“ verbreiteten Schwindelnachrichten über einen angeblichen Besuch Cetrines und Saffens bei Mussolini, anlässlich der vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossenen Untersuchungsreise des Präsidenten und Generalsekretärs des I.G.B. nach Italien, hat Cetrine den „Sunday Express“ wegen Verbreitung falscher und schädigender Nachrichten verklagt. Bei der gerichtlichen Verhandlung mußten die Vertreter des „Sunday Express“ die vollständige Unrichtigkeit der von dem Blatte verbreiteten Nachricht zugeben. Sie baten im Namen des Blattes wegen des großen Verlebens um Entschädigung und erklärten sich zur Zahlung einer Summe von 500 Pfund Sterling (= 10 000 Mark) als Entschädigung bereit. Damit ist das — übrigens auch von Mussolini dementierte — Gerücht über eine Fühlungnahme der Vertreter des I.G.B. mit faschistischen Kreisen aus der Welt geschafft. Der Bericht über die Untersuchung der Verhältnisse in Italien ist inzwischen auch vom Vorstand des I.G.B. gutgeheißen worden, wobei der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß die Kulturidee der gewerkschaftlichen Freiheit mit der Zeit auch in Italien wieder über den Faschismus den Sieg erringen wird. Die besonders von der kommunistischen Presse mit Freude aufgenommene und breitgetretene Meldung des „Sunday Express“ hat vor allem wieder einmal gezeigt, wie gerne die Mütter der Reaktion und der Kommunisten bereit sind, offensichtliche Lügen als Propagandamittel gegen die freie Gewerkschaftsbewegung zu verwenden.

Gewerkschaftsarbeit und Lebensdauer.

Erst in neuerer Zeit wird der Bedeutung des lebenden Menschen mehr Beachtung geschenkt. Diese Rücksichtnahme auf das höchste Gut der Wirtschaft wird durch den in allen Ländern zu beobachtenden Geburtenrückgang gefördert. Alle Veröffentlichungen, die in letzter Zeit erschienen sind, zeigen, daß der Gesundheitszustand des deutschen Volkes sich andauernd verbessert. Die Lebensdauer der Menschheit wird immer weiter hinausgerückt. Dieser Vorgang wird schon seit 50 Jahren beobachtet. Doch niemals ist er so in Erscheinung getreten, wie in den Jahren nach dem Kriege. Alle Altersstufen, vom Säugling bis zum Greis, nehmen an der Verlängerung der Lebensdauer teil. So ist die Säuglingssterblichkeit sehr wesentlich zurückgegangen. Im Jahre 1913 starben im ersten Jahre nach der Geburt von 100 Lebendgeborenen 15,1, im Jahre 1927 dagegen nur 9,7. Diese günstige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und die auch in späteren Altersstufen zu verzeichnende Besserung der allgemeinen Sterblichkeitsverhältnisse wird durch die Sterbetafel gekennzeichnet, die im Band 401 der „Statistik des Deutschen Reiches“ kürzlich veröffentlicht wurde. Danach beträgt die voraussichtliche Lebensdauer der Neugeborenen:

Sterbetafel für die Jahre	dem männlichen Geschlecht	dem weiblichen Geschlecht
1871—1880	35,6 Jahre	38,5 Jahre
1881—1890	37,2 „	40,3 „
1891—1900	40,6 „	44,0 „
1901—1910	44,8 „	48,3 „
1910—1911	47,4 „	50,7 „
1924—1926	56,0 „	58,8 „

Die Lebensdauer aller Deutschen hat sich in den letzten Jahren um 20 bis 25 Jahre gebessert. Bemerkenswert ist, daß das sogenannte schwache Geschlecht im allgemeinen länger auf Erden wandelt als das starke.

Wir sagen nicht zuviel, wenn wir die Verlängerung des Lebens auf die besseren Lebensverhältnisse, auf die größere Hygiene usw. zurückführen. Die gewerkschaftliche Arbeit, die dem Arbeiter erst das Bewußtsein seiner Persönlichkeit gab und ihn aus der dumpfen Letztgarnie eines bloßen Arbeiters herausriß, kann für sich den größten Anteil an dieser Entwicklung in Anspruch nehmen. Gezeichnet wird dies besonders durch den Rückgang der Tuberkulose. Diese typische Proletariatskrankheit hatte ihre Ursache in den schlechten Arbeitsbedingungen, in den ungesunden Wohnverhältnissen und in der übermäßig langen Arbeitszeit. Im Jahre 1913 betrug die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose auf 10 000 Lebende 14,6 und 1928 nur noch 10,3. Dadurch, daß die älteren Jahrgänge immer deutlicher in Erscheinung treten, werden die Sozialversicherungen immer stärker belastet. Einmal werden die Versicherungssätze häufiger, da mehr Menschen das 65. Lebensjahr erreichen, zum anderen leben aber die erwerbsfähigen Kreise durchschnittlich ein Jahr länger als

vor dem Kriege, so daß sämtliche Pensionen, Altersrenten, Witwen- und dergleichen heute durchschnittlich ein Jahr länger gezahlt werden müssen als früher. Das sollte bei Betrachtungen über die Sozialpolitik nicht vergessen werden.

Von Interesse mag noch sein, daß die Verheirateten im allgemeinen länger leben als die Ledigen. Der Junggeselle muß im Durchschnitt fünf Jahre früher ins Gras beißen als der Verheiratete. Dies wird als ein Beweis der günstigen Wirkung der Ehe aufgefaßt. Die Statistik über die Lebensdauer der Menschheit beweist die günstige Wirkung, die das Streben nach Kultur, nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, nach gesunden Wohnungen usw. im Gefolge hat. Die Gewerkschaften können diese günstigen Wirkungen auf ihr Konto buchen.

Gewerkschaftliche Fortschritte.

Das Jahr 1928 hat den Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung fortgesetzt. Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaftsverbände hatten Ende 1928 insgesamt 4 869 782 Mitglieder. Die Zunahme betrug rund 450 000. Sicher ein guter Fortschritt in einem Jahre, das mindestens zur Hälfte von einer langsam sich entwickelnden Wirtschaftskrise ausgefüllt war.

Von den Verbänden selbst veröffentlicht legt der Holzarbeiterverband seinen Jahresbericht. Dieser Verband kann über eine günstige Entwicklung berichten. Die Mitgliederbewegung wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet: 1926: 266 055, 1927: 293 835 und 1928: 313 544 Mitglieder. Und dies, trotzdem im Jahresdurchschnitt 11,2 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos waren. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu: „Es ist ein gutes Zeichen für die Gesundheit unseres Verbandes, daß trotz des sehr hohen Arbeitslosenstandes die Mitgliederzahl sich, wenn auch langsam, so doch andauernd aufwärts bewegt hat.“ Besonders erfreulich hat sich die Zahl der jugendlichen Mitglieder vermehrt. Sie stieg in den letzten drei Jahren von 20 347 in 1926 auf 25 183 in 1927 und auf 26 740 Mitglieder in 1928.

Eine gleich günstige Entwicklung zeigt das Rassenwesen der Organisation. Die Einnahmen der Verbände sind von 9 820 395 M. auf 10 847 933 M. gestiegen. Weit stärker sind die Ausgaben, nämlich von 5 526 937 auf 7 521 247 M., gestiegen. Einer Steigerung der Einnahmen um 7 Prozent stand eine solche der Ausgaben um 34,6 Prozent gegenüber. Allein für Streikunterstützung mußte die Hauptkasse 2 363 926 M. aufwenden, gegen 638 060 M. im Jahre zuvor. An Arbeitslosenunterstützung mußten 2,3 Mill. M. aufgewandt werden, was eine Steigerung von 1,4 Mill. M. bedeutet. Die Sozialklassen entwickelten sich in gleich günstiger Weise. Obwohl der Verband große Summen zur Unterstützung seiner Mitglieder aufwenden mußte, hat das Verbandsvermögen noch eine Steigerung erfahren.

Was in allem eine solche Aufwärtsentwicklung. Solche Macht-faktoren sind im Wirtschaftsleben nicht mehr zu übersehen.

Die deutschen Bergarbeiter in holländisch-Limburg.

In der holländischen Provinz Limburg, der Stätte des ältesten Steinkohlenbergbaues des Kontinents, haben nach den „Annales rodenses“ von 1104 bis 1157, den Jahrbüchern der Augustinerabtei Kloster St. Trudo (St. Truiden), die Bewohner der ehemaligen Grafschaft Limburg in der Umgebung von Kerkrade und Herzogenrath bereits Steinkohle gewonnen. Als im Jahre 1793 die Franzosen die Abtei feindseligten, förderten die Arbeiter aus einer Tiefe von 200 Meter unter der Wurmstößkohle mit 800 Arbeitern täglich 700 Zentner Kohlen. Unter der Herrschaft des französischen Bergbaues von 1810 ging die Grube (die heutige Domaniengrube) in Staatsbesitz über und sie wurde im Jahre 1846 an die „Alten Maatschappij der Spoortwegmaatschappij“ auf 99 Jahre verpachtet. Die Domaniengrube war Jahrzehnte hindurch die einzige Grube auf holländischem Boden. Die günstige geographische Lage des Kohlenfeldes zwischen den deutschen und englischen Kohlenbezirken ermöglichte auf dem Wasserwege eine günstige Kohlenversorgung, während die Eisenbahn, weder zu Lande noch zu Wasser geeignete Verkehrsstraßen aufwies und zudem in Regierungs- und privaten Finanzkrisen in jeder Hinsicht nur geringes Interesse fand. Erst nach dem Wachsen der Bergindustrie von Limburg durch Wiederbringung des Schachtes Drantje Nassau I bei Geerlen (1890) die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf das südlimburgische Kohlenbecken gelenkt hatte, erfolgte ein weiterer Ausbau des holländischen Kohlenbergbaues. Im Jahre 1900 wurden von der Gesellschaft „Vaura en Vereeniging“ zwei Schächte der Egelshoven niedergebracht. Schon bald folgte Drantje Nassau II, und zahlreiche Konzessionsgesuche weckten das Interesse der holländischen Regierung, die durch das Gesetz vom 2. Juni 1902 das ganze noch nicht vergebene Gebiet dem Staate zur Ausbeutung vorbehaltlich aus „nationalen, sozialen, finanziellen und juristischen Gründen“. Auf Grund dieses Gesetzes wurden folgende staatliche Gruben errichtet: Wilhelmina in Terminseelen (1903), Emma in Soenebroek (1906), Hendrik bei Munden (1910), Maurits bei Luttenrade (1915). Außer diesen staatlichen Gruben wurden noch die Gruben Drantje Nassau III und IV und Julia niedergebracht. Nachdem im Jahre 1908 die Familie Sonigmann ihren Besitz veräußert hat, ist im holländischen Bergbau deutsches Kapital nicht mehr investiert. In den holländischen Gruben sind mehr als 80 Millionen Gulden investiert, der holländische Privatbergbau ist vorwiegend in französisch-belgischen Händen.

Die Förderung des holländischen Bergbaues betrug im Jahre 1900 rund 300 000 To., 1913: 1 873 079 To., 1918: 3 399 512 To., 1927: 9 488 411 To. und wird im Jahre 1928: 10 000 000 To. weit überschritten. An dieser Jahresförderung sind die Staatsgruben, deren Anteil 1913: 23,1 Prozent betrug, mit mehr als 60 Prozent beteiligt. Gegen das letzte Friedensjahr ist also die Kohlenförderung in Holland auf mehr als das Fünffache gestiegen. Dieser außerordentlichen Aufschwung steht, relativ betrachtet, einzig in der Geschichte des Kohlenbergbaues da und hat seine besonderen Gründe. In weitestgehender Voraussicht hat die holländische Regierung schon in den Vorkriegsjahren das Bestreben gehabt, die Niederlande in volkswirtschaftlichem Interesse beim Bezuge des wichtigen Rohstoffes der Kohle vom Auslande unabhängig zu machen. Hierin wurde sie bestärkt durch die Auswirkungen des Weltkrieges, der den Niederlanden die Versorgung mit Kohlen aus dem Auslande fast unmöglich machte. Auf Grund eines eingehenden Studiums des ausländischen, vornehmlich des deutschen und amerikanischen Bergbaues, ist es Holland gelungen, sich innerhalb der letzten zwanzig Jahre einen Steinkohlenbergbau modernster Art zu schaffen, der schon jetzt fast in der Lage ist, den Steinkohlenbedarf des Landes mengenmäßig zu decken. Diese Entwicklung ist auch ein Beweis dafür, daß auch Staatsgruben sehr wohl gut geleitet sein können und in Entwicklung und Leistung nicht hinter Privatbetrieben zurückbleiben brauchen. Die Grubenanlage Maurits wird nach vollendetem Aufbau mit einer Belegschaft von 10 000 Mann die größte und modernste Grubenanlage der Welt sein.

Die prozentuale Steigerung der Steinkohlenförderung gegenüber dem Jahre 1913 (100 Prozent) betrug in Prozent:

Jahr	Privatgruben	Staatsgruben	Gesamtbergbau
1921	111,96	444,02	209,34
1926	237,35	1243,46	461,80
1927		621,79	506,05
1928 (Stand vom 1. April 1928)			589,00

Der Jahresförderungsanteil des Arbeiters betrug pro Kopf der Gesamtbelegschaft:

Jahr	1921	1926	1927	1928
1921	159 To.	207 To.	207 To.	207 To.
1926	225 To.	272 To.	272 To.	272 To.
1927	229 To.	309 To.	309 To.	309 To.
1928	371 To.	284 To.	284 To.	284 To.

Den gewaltigen, rapiden Ausbau ihrer Kohlenwirtschaft konnten die Niederlande, die nur über wenige Tausende (etwa 3000) gelehrter Bergarbeiter, die auf der Domaniengrube und im Wacheren Revier beschäftigt waren, verfügen, nicht durchführen, ohne ausländische Arbeiter heranzuziehen. Vornehmlich deutsche Bergarbeiter aus dem Wacheren Gebiet, zum Teil auch aus dem Ruhrgebiet, bilden das fremde Element unter der Belegschaft im holländischen Bergbau. Im einzelnen ist die Zusammensetzung der Belegschaft aus nachstehender Tabelle zu ersehen:

Jahr	Gesamtbelegschaft	Holländer	Deutsche	andere Ausländer
1913:	10 778	8161	1876	435
1914:	10 429	8432	1078	199
1915:	11 718	9120	873	143
1916:	14 500	10 927	1226	332
1917:	17 676	13 498	1333	304
1918:	20 196	17 000	1670	306
1919:	22 752	19 220	2480	333
1920:	26 434	20 156	5112	405
1921:	26 596	20 346	5086	392
1922:	27 608	21 128	5277	403
1923:	29 527	22 054	5363	378
1924:	30 324	24 673	4486	377
1925:	31 244	24 908	4621	402
1926:	33 457	25 362	5570	493

In den Zehengemeinden Süd-Limburgs zählte man am 31. Dezember 1926: 180 512 Einwohner. Davon gehören zur bergmännischen Bevölkerung 8 286 oder rund 4,7 Prozent. Diese 4,7 Prozent waren vorhanden bei einer Gesamtarbeiterzahl von 33 457. Bei anteilmäßiger Berechnung entfallen davon auf deutsche Bergarbeiterfamilien 12 121 oder 36 Prozent der Gesamtbevölkerung oder 14,3 Prozent der Bergarbeiterbevölkerung. Bei der Errechnung ist berücksichtigt, daß von den 5570 im Jahre 1926 beschäftigten deutschen Arbeitern 95 in Deutschland wohnen.

Im Oktober 1927 waren rund 20% katholische und 59% evangelische heimische deutsche Arbeiter vorhanden, die die holländischen Volkskirchen besuchen. Das Verhältnis ist also 4 zu 1. Zur selben Zeit betrug die Anzahl der Deutschen katholischer Konfession 11 390. Nach dem festgestellten Verhältnis würden also den 11 390 noch rund 3000 zuzurechnen sein, um die Gesamtzahl der im Limburger Kohlenrevier ansässigen Deutschen auf rund 15 000 festzustellen.

Zeitungsmitteilungen, wonach die Anzahl der ansässigen Deutschen 35, ja 40 000 betragen soll, sind zweifellos unzutreffend. Diese Zahl wird selbst nicht erreicht, wenn man die Zahlen der zahlreichen deutschen Ordensanstalten in Limburg berücksichtigt. Die Gesamtzahl der in der ganzen Provinz Limburg sich dauernd aufhaltenden Deutschen schätzt man auf nicht mehr als 30 000. Die Zahl 11 390 ist einwandfrei festgestellt und schließt auch naturalisierte und staatenlos gewordene ehemalige Deutsche ein. Die Zahl der naturalisierten Bergarbeiter wird auf einige Hundert geschätzt. Es handelt sich um Arbeiter, die schon 15 bis 20 Jahre in Holland ansässig sind. Die Naturalisierung ist dadurch erleichtert, daß die

Gebühr 3 bis 400 Gulden beträgt und nur bei langjährig Eingefahrenen ermäßigt wird.

Die Hauptansiedlungsorte der Deutschen sind Kerkrade (3515), Geerlen (2332), Soenebroek (1557), Brunsum (1257), Geelen (707), Schaesberg (628), Waubach (523), Meutenboge (497). Die eingeklammerten Zahlen geben die in den Orten ansässigen Deutschen katholischer Konfession an. Für die Angehörigen evangelischer Konfession kommen vorwiegend Geerlen und Erbed nebst Umgebung in Frage. Geerlen hatte im Oktober 1927: 313 und Erbed 21 Schulfinder evangelischer Konfession.

Von den im Jahre 1926 vorhandenen Hollandausländern wohnten 175 in Kerkrade, 155 in Herzogenrath, 81 in Vlieterich, 69 in Ederpseel, 63 in Wardenberg, 51 in Wachen, 47 in Wierstein, 45 in Wierelen, je 30 in Alsdorf und Gangelt. Die übrigen verteilten sich auf andere Grenzorte. Am 1. April 1928 waren 849 Hollandausländer vorhanden, 126 sollen nach Holland übersiedelt sein.

Die im holländischen Bergbau beschäftigten Deutschen sind ausnahmslos hervorragend ausgebildete und tüchtige Arbeitskräfte. Nur das beste Menschenmaterial ist den Holländern gut genug. Vor der Einstellung hat sich der Arbeiter einer peinlich genauen ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Ganz besondere Anforderungen werden an die Sehkraft der Augen gestellt. Über 40 Jahre alte Arbeiter dürfen nicht eingestellt werden. Nebenbei werden polizeiliche Ermittlungen in Deutschland über das Vorleben des Arbeiters angestellt. Vorbestrafte Arbeiter werden rücksichtslos wieder abgeschoben. In politischer Hinsicht unterliegen die Arbeiter einer strengen Kontrolle. Schon allein der Verdacht politischer Radikalität hat sofortige Abschiebung über die Grenze zur Folge. Die Grenzkommissare arbeiten Hand in Hand mit den Grubenverwaltungen und haben ein ganz ausgezeichnet arbeitendes Überwachungs-system aufgezogen. Sie sind in der Lage, jeden misliebigen ausländischen Arbeiter innerhalb kurzer Zeit über die Grenze zu schaffen.

Die Anwerbung der Arbeiter in Deutschland geschah zeitweise durch die holländischen Arbeitsämter in Maastricht und Overhausen. Auch ständen Agenten in Diensten der Gruben. Diese Art der Werbetätigkeit ist in der letzten Zeit nicht mehr festzustellen. Die Grubenverwaltungen bedienen sich langjährig bei ihnen beschäftigter deutscher Grubenbeamten. Auch ziehen die ansässigen Deutschen selbst genügend Leute nach sich. Gelegentlich ihrer Urlaubsreisen veranlassen die Arbeiter und Beamten ihre deutschen Kollegen durch Schilderung der glänzenden Verhältnisse im holländischen Kohlenbergbau zur Übersiedlung. Schriftliche Anfragen von Bergarbeitern aus Deutschland, ob ihre Einstellung möglich sei, gehen zahlreich ein.

Die Bereitwilligkeit des deutschen Bergarbeiters, nach Holland zu gehen, ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Die Hauptursachen sind die vorbildlichen Wohnungsverhältnisse, die besseren wirtschaftlichen Verhältnisse und die kürzere Arbeitszeit im holländischen Bergbau. Im Wacheren Revier beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 48 1/2 Stunden, im Limburger Revier nur 46 Stunden. Die Sonnabendarbeit ist um 24 Stunden gekürzt, so daß der Nachmittag frei ist. Bei ledigen deutschen Arbeitern ist der Anreiz zur Übersiedlung vielfach auch die Lust vor der Alimentationspflicht, zu deren Erfüllung sie auf Grund der holländischen gesetzlichen Bestimmungen nicht herangezogen werden können.

Die vorbildlichen Wohnungsverhältnisse sind als musterhaft weltbekannt. Es werden in offener Siedlungsweise nur Einfamilienwohnungen, meist mit Garten, gebaut, die einem Arbeiter mit acht Kindern bequem Wohnung bieten. Im Erdgeschoss befindet sich die Wohnküche und eine kleine Küche und ein besonderes Wohnzimmer sowie das Elternschlafzimmer. Im Obergeschoss sind zwei Schlafzimmer vorhanden, die für je vier Mädchen und Knaben ausreichen. Die Wohnungen befinden sich in einem auffallend guten und sauberen Zustande. Weibliche Wohnungsinhaberinnen sind gleichzeitig Fürsorgetätigkeit ausüben, überwachen die ordnungsmäßige Verwendung der Wohnung. Durch die Zusammenarbeit der Siedlungsgenossenschaften mit den Grubenverwaltungen, dem Arbeitsnachweis, Armenrat und freien Wohltätigkeitsvereinigungen wird der Not durch Arbeitsvermittlung, Verschaffung von Lohnvorschußen, gelblichen und Naturalunterstützungen gesteuert. Gleichzeitig wird von der Wohnungsinspektorin Gesundheitsfürsorge betrieben.

Die Nachfrage nach Wohnungen hat bisher stets befriedigt werden können, insbesondere sind die angemessenen deutschen Arbeiter stets sofort untergebracht worden. Der planmäßige Ausbau der holländischen Kohlenwirtschaft und das Zusammenarbeiten zwischen Staat, Gemeinde, Gruben und Siedlungsgenossenschaften sowie der Kapitalreichtum Hollands haben eine großzügige Siedlungspolitik ermöglicht. Macht sich vorübergehender Wohnungsmangel geltend, wie seinerzeit in der Gemeinde Geelen infolge des Ausbaues der Staatsgrube Maurits, wird sofort durch Inangriffnahme neuer Wohnungsbauten für Abhilfe gesorgt.

Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter in Holland ist etwas besser als die der Bergarbeiter in Deutschland. Für die Entwicklung der Lebenshaltung der holländischen Bergarbeiter bieten folgende Zahlen einen Anhaltspunkt:

Jahr	Großhandelsindex	Jahresarbeitsverdienst im Gesamtdurchschnitt
1913	100	100
1918	366	177
1919	297	219
1920	281	264
1921	181	243
1922	160	214
1923	151	212
1924	156	195
1925	155	176
1926	145	178

Nimmt man 1913 = 100 an, so läßt ein Vergleich mit dem Jahre 1918 erkennen, daß sich der Großhandelsindex von dem 3,7fachen auf das 1,5fache im Jahre 1926 gehoben hat. Demgegenüber ist der Jahresverdienst von dem 1,8fachen im Jahre 1918 zunächst auf das 2,6fache im Jahre 1920 gestiegen, um in der Folgezeit allmählich auf das 1,5fache zurückzugeben. Das Verhältnis 1,5 zu 1,8 besteht auch gegenwärtig noch.

Die Einkommensverhältnisse des Bergarbeiters in Holland und Deutschland veranschaulicht folgende Gegenüberstellung. Es verdienen durchschnittlich pro Schicht im Januar 1928 im

	Wacherer Bezirk	Limburger Bezirk
Hauer	8,66 M.	10,50 M.
Schlepper	6,92 M.	7,95 M.
Facharbeiter	7,46 M.	8,82 M.
Sonstige Arbeiter	6,20 M.	7,01 M.

Die Differenz betrug zugunsten des holländischen Bauers 1,81 Mark, Schleppers 1,03 M., Facharbeiters 1,36 M. und sonstigen Arbeiters 0,81 M.

Bergarbeiter wird diese Differenz noch durch die ungleichmäßige Belastung des deutschen und des holländischen Arbeiters mit Abgaben für die Sozialversicherung. Es zählte hierfür der Hauer im Wacheren Bezirk 14,3 Prozent seines Lohnes, ein holländischer Hauer hingegen 5,56 Prozent seines Lohnes. Unter Berücksichtigung der steuerlichen Belastung erfuhr der Lohn der Wacheren Hauer je nach den Familienverhältnissen einen Gesamtabzug von 16,3 bis 21 Prozent, der des holländischen Bauers unter gleichen Verhältnissen einen Gesamtabzug von 8,56 bis 10,5 Prozent. Ein Wacherer Hauer besteht von den verdienten 8,66 M.: als unverteilter 6,93 M., als verheirateter mit vier Kindern 7,25 M. Der holländische Hauer besteht von den verdienten 10,50 M. hingegen 9,40 bzw. 9,60 M. Die Lohn Differenz war also von 1,81 auf 2,47 bzw. 2,35 M. pro Schicht gestiegen. Man kann sagen, daß die Nominallöhne im holländischen Bergbau um 20 bis 25 Prozent höher sind als im Wacheren Bezirk.

An Deputat erhalten verheiratete Arbeiter in Holland jährlich 42 M. Steinkohle, unverheiratete 12 M. zum Preise von je 80 Cent. Die Kinderzulage beträgt 4 Gulden monatlich.

Bei einem Vergleich der Reallohn ist zunächst zu beachten, daß die Wohnungen in Holland teurer sind als im Wacheren Bez-

zir. Die Mieten variieren im allgemeinen zwischen 14 und 20 Gulden (1 Gulden = 1 fl. = 1,70 M.) pro Monat. Die meisten Bergarbeiterwohnungen bringen durchschnittlich 18,50 fl. Miete, einige weniger als 14 fl., andere wiederum mehr als 20 fl. auf. In den Wohnungen des Wacheren Bezirks beträgt die Miete durchschnittlich 15 M., in neueren Siedlungen 24 M., bei höheren Ansprüchen auch 32 M. pro Monat. Im Durchschnitt zahlt der Arbeiter in Holland monatlich 5 bis 6 M. mehr als in Deutschland.

Die Lebensmittelpreise sind im allgemeinen nicht höher als in Deutschland. Es kosten: 1 Zentner Kartoffeln 3,80 bis 4,50 M., 1 Liter Milch 25 Pf., 1 Pfund Weizenbrot 25 Pf., 1 Pfund Graubrot 19 Pf., 1 Pfund Weizenmehl 21 Pf., Butter zurzeit 1,77 M., Margarine 60 Pf., Pflanzenbutter 1 M., 1 Pfund Käse (vollfett) 1,45 M., 1 Pfund Molkereifett 1,60 M., fetter Speck 85 Pf., Kaffee 1,10—2,15 M. und Zucker 12 Pf. Die Kleidung ist zu denselben Preisen erhältlich wie in Deutschland.

Zahlreiche Rückfragen bei deutschen Arbeitern und Arbeiterfrauen bekräftigen, daß die Löhne in Holland dem Arbeiter eine bessere, allerdings wenig bessere Lebensführung ermöglichen als in Deutschland. Die holländischen Gewerkschaften bezeichnen allerdings die Löhne zum Teil als unbefriedigend, zum Teil als schlecht.

Besonders günstiger als für den verheirateten Arbeiter sind die Lebensverhältnisse für den unverheirateten Arbeiter gegenüber den Verhältnissen in Deutschland. Der unverheiratete Arbeiter hat die Möglichkeit, in hervorragender eingezeichneten Lebensbedingungen bei guter Verpflegung für einen Monatslohn von 1,50 fl. pro Tag zu wohnen. Jeder Arbeiter hat in diesem „Wohlfühlbau“ sein eigenes, sauberes, gut und wohllich eingerichtetes Zimmer. Die Häuser sind mit Heizung, Badeeinrichtung, Kasse, Konservations- und Erholungsräumen versehen. Den im Privatloge wohnenden Arbeitern stehen Garflächen und Kantinen mit billigen Preisen zur Verfügung. Für 1,30 fl. kann der ledige Arbeiter seinen täglichen Unterhalt bestreiten.

Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergarbeiter in Holland sicherlich ebensogut sind wie im Wacheren Bezirk, dafür spricht auch der Umstand, daß selbst Hollandausländer, die die holländischen Löhne und die deutschen Lebensbedingungen haben, nach Holland übersiedeln. Bei der Stilllegung der Grube Nordstern im Wacheren Revier, die vor einigen Monaten erfolgt ist, sind 120 bis 150 deutsche Bergarbeiter, meist mit Familie, nach Holland übersiedelt, obgleich ihnen Arbeitsgelegenheit auf einer anderen deutschen Grube vermittelt war.

Man darf aber nicht übersehen, daß die wirtschaftliche Lage der holländischen Bergarbeiter in der Hauptsache nur darum besser ist als die der deutschen, weil die Soziallasten in Holland geringer sind.

Eine unverkündliche Anordnung.

Die Anknappschäftsvereinsgenossenschaft (Sektion I in Bonn) hat angeordnet, daß alle auf den Gruben im Bereich des Koblenzer Bezirkes unfallverletzte Bergarbeiter in das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder im Koblenz überwiesen werden. Die Abholung der Verletzten geschieht durch ein Krankenauto aus Koblenz. Diese Anordnung hat nun zur Folge, daß sehr oft lebensgefährlich Verletzte stundenlang in ungeeigneten Grubenräumen warten müssen, bis sie abtransportiert werden. Gegen diese Zustände hat sich der Verband der Bergbauindustriearbeiter in einer Eingabe gewandt und die Berufsvereinsgenossenschaft um Abhilfe ersucht. Die Berufsvereinsgenossenschaft will aber von ihrer Anordnung nicht abgehen und vertritt die merkwürdige Ansicht, daß dieses im Interesse der Verletzten selbst liegt. Wie sich die Anordnung auswirkt, dafür ein Beispiel aus jüngster Zeit (auf Wunsch können auch mehrere Beispiele angeführt werden):

Der Bergmann J. K. geriet am 11. April d. J. auf der Grube Gute Hoffnung im Bad Emz zwischen den Förderloshölzern und der Schachtwand. Er erlitt dabei schwere innere und äußere Verletzungen. Der Unfall ereignete sich 1,30 Uhr mittags. Das Krankenauto aus Koblenz traf um 3,15 Uhr auf der Grube ein. Da die Fahrt von der Grube bis Koblenz mindestens eine halbe Stunde dauert, so mußte dieser Verletzte über eine Stunde auf das Auto warten. Bis zu seiner Einlieferung ins Krankenhaus waren, vom Unfall an gerechnet, mindestens 2 1/2 Stunden verstrichen.

Etwa 15 Minuten von der Unfallstelle entfernt liegen zwei Emser Krankenhäuser, die von einem Arzt geleitet werden, der über die Emser Grenzen hinaus bekannt ist. Trotzdem dürfen infolge der Anordnung keine Unfallverletzte diesen Emser Krankenhäusern überwiesen werden.

Es ist sogar schon vorgekommen, daß Verletzte, die in diese Krankenhäuser überwiesen wurden, weil sofortige Operationen vorgenommen werden mußten, auf Anordnung der Berufsvereinsgenossenschaft — gegen ausdrückliche Warnung des behandelnden Arztes — nach Koblenz transportiert wurden. Die Anordnung wurde telephonisch von der Berufsvereinsgenossenschaft erteilt, ohne daß die Anordner sich von dem Zustand des Verletzten überzeugten.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß bei der Berufsvereinsgenossenschaft in Bonn fortreiche Leute an der Leitung sitzen, die anscheinend die Bergarbeiter noch nach gewissen Rezepten behandeln wollen. Wir verlangen, daß man endlich Schluß mit dieser standalösen Behandlung der verletzten Bergarbeiter gemacht wird. Wenn die Herrschaften glauben, daß die Bergarbeiter als Versuchskaninchen gebraucht werden können, dann sind sie auf dem Holzwege. Wir hoffen, daß diese Zeilen genügen, um diese unsinnige Anordnung aus der Welt zu schaffen.

25 Jahre Technitengewerkschaft.

Die Gewerkschaftsbewegung der technischen Angestellten ist im Vergleich zur Arbeiterbewegung verhältnismäßig jung. Zwar bestand schon seit 1884 ein Zusammenschluß von Technitervereinen im „Deutschen Techniterverband“. Aber gewerkschaftlichen Charakter besaß dieser, Arbeitgeber und Angestellte organisierende Verband noch nicht. Erst 20 Jahre später befruchtete die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Übergang zum Großbetrieb, mit der Einrichtung großer technischer Büreaus, das Eindringen gewerkschaftlicher Ideen in die Köpfe der schon stark proletarisierten Techniker.

Die Gründung des „Bundes der technisch-industriellen Beamten“ in Berlin im Mai 1904 war daher der Ausdruck einer natürlichen Entwicklung. Die Einstellung dieses Bundes auf rein gewerkschaftliche Gedankengänge und eine sehr rührige Agitation brachte ihm eine sehr schnelle Aufwärtsentwicklung im ganzen Reich. Andererseits zog er sich die Gegnerschaft der Unternehmer zu, die es nicht dulden wollten, daß die bisher von ihnen als eigene Hilfsarmee gegenüber den Arbeitern angesehenen und von diesen dafür spöttisch als „Stehtragenproletariat“ bezeichneten Angestellten nun eigene Wege gingen, die sie berücksichtigt an die Seite der Arbeiter führen mußten. Daraus resultierten dann zwangsläufig die Koalitionsrechtskämpfe des Bundes, deren erster vom „Verband Bayerischer Metallindustrieller“ ausgehender 1907 großes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte.

Es würde zu weit führen, die Geschichte dieser Kämpfe und die der weiteren Entwicklung des Bundes hier zu schildern. Ausdrücklich ist das in einer Feilichristi geschieden, die im Jahre 1919 aus der Vereinigung mit seinem früheren Konkurrenten, dem „Deutschen Techniterverband“, entstanden und unter dem Namen „Bund der technischen Angestellten und Beamten“, abgekürzt B u t a b, auch bei den Arbeitergewerkschaften bekannte und im freigewerkschaftlichen A l l - B u n d an führender Stelle tätige Technitervereinigung anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Bundes der technisch-industriellen Beamten und ihres eigenen 10jährigen Jubiläums herausgegeben hat.

